

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): W. H. Riepehöl, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Staudan, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Riepehöl & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. 1667. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Wochennummernzahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 M., 2 Exempl. 2.50 M. In der Expedition sind die Ausgaben des Vierteljährlich 2 M. 25 Pf., monatlich 70 Pf. Bei den Abnehmern 2.25 M. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühr: die 7spaltige Kolonnenzeile 15 Pf., andwärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 1 M., Zeitungspostkarte Seite 2 M.

Nr. 124.

Magdeburg, Dienstag den 31. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Aber jetzt!

Jetzt muß der Kampf um das preussische Wahlrecht mit verdoppelter Energie wieder aufgenommen werden! Dieser Gedanke durchzuckte Hunderttausende in dem Augenblick, als sie von dem Scheitern der Wahlrechtsvorlage erfuhren. „Jetzt muß ein neuer Kampf beginnen, alles bisher Erlebte war nur ein Vorspiel!“

In der Tat stehen die Aussichten günstiger denn je. Eine neue Vorlage muß kommen, und sie wird bald kommen. Heute sind die Dinge in Bewegung und sie würden nicht zur Ruhe kommen, selbst wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft keinen Finger rührte. Wer die Wahlrechtskämpfe der letzten Jahre miterlebt hat, der weiß, welche Mühe es gekostet hat, die träge Masse überhaupt erst in Schwung zu bringen. Heute ist alles im Rollen und Gleiten, ein Stillstand ist gar nicht mehr denkbar.

Wenn ein paar konservative Blätter versichern, nun sei alles zu Ende und am „bewährten“ Dreiklassenwahlrecht dürfe nichts geändert werden, so nehmen die Leute, die das schreiben, sich selbst nicht ernst. Ein Regieren in halbwegs geordneten Verhältnissen wird in Preußen so lange unmöglich sein, als die Wahlrechtsfrage ihre Lösung nicht gefunden hat — das ist die Meinung fast aller bürgerlichen Politiker, die in der Presse zu Worte gekommen sind. Freikonservative, Nationalliberale, Zentrumsleute, Freisinnige, sie sind alle davon überzeugt, daß das parlamentarische Ringen um das preussische Wahlrecht nur vorübergehend zum Stillstand gelangt ist. Die drei Jahre um sind, die uns noch von den nächsten Landtagswahlen trennen, wird Preußen ein neues Wahlgesetz haben.

Wie aber wird dieses Wahlgesetz aussehen?

Das hängt ganz vom preussischen Volke selbst ab!

Vor dem 27. Mai mußte man noch befürchten, daß ein kleines Fliederschnitzchen der Wahlrechtsbewegung für Jahre Abbruch tun könnte. Wäre es gelungen, mehrere bürgerliche Parteien zum gemeinsamen Werke des Volksbetrugs zu vereinigen, so hätten diese Parteien zusammen mit der Regierung jedem Fortschritt der Bewegung einen starken Damm entgegengesetzt. Heute sind diese Parteien und die Regierung ohnmächtig, sie können dem Strome nicht Einhalt gebieten, sondern werden einfach von seinem Strudel mit fortgerissen.

„Das verheulte Land braucht Ruhe!“ hieß es in der Zentrumspreffe, als man den Raub des schwarzblauen Wahlrechtskompromisses in Sicherheit glaubte. Heute sind es nur mehr ein paar Eingänger auf der äußersten Rechten, deren Ausrufungen auf diesen Ton gestimmt sind, sonst heißt es überall: Der Wahlrechtskampf geht weiter! Und überall sieht man sich zur Anerkennung gezwungen, daß die Aussichten auf einen nahen Sieg des Volkes bedeutend gestiegen sind.

Wir kämpfen um das direkte, geheime und gleiche Wahlrecht.

Das indirekte Wahlverfahren wird sich nicht aufrechterhalten lassen, nachdem die Regierung in der Begründung ihrer Wahlrechtsvorlage zugestanden hat, daß es sich überlebt hat.

Aber auch die öffentliche Wahl ist unmöglich geworden, seit die Mehrheit beider Häuser des Landtags die geheime Wahl beschlossen und die Regierung sich mit diesem Beschluß einverstanden erklärt hat.

Es ist keine preussische Wahlreform mehr möglich, die nicht die direkte, geheime Wahl bringt. Die direkte, geheime Wahl ist der erste Preis des heißen Kampfes, und es wird schon eine gewisse Wachsamkeit genügen, um zu bewirken, daß er nicht wieder verloren gehen kann.

Der Hauptkampf aber dreht sich darum, daß das direkte und geheime Wahlrecht, das wir in absehbarer Zeit bekommen müssen, auch ein gleiches werden soll. Auf diesem Felde liegen die großen Schwierigkeiten, die jetzt noch zu überwinden sind.

Keine einzige bürgerliche Partei ist eine zuverlässige Freundin des gleichen Wahlrechts. Auch die Freisinnigen stehen an der Stelle, an der sie sich jetzt befinden, nicht aus eigenem Entschluß, sondern weil die Massenbewegung sie dahin gedrängt hat. Das „demokratische“ Zentrum ist eben erst mit dem Versuch gescheitert, im Bunde mit den Junkern die Wahlrechtsbewegung in den Sumpf einer faulen Reform zu führen. Die Nationalliberalen erklären sich sogar, abgesehen von den Jungliberalen, offen

für Gegner des gleichen Wahlrechts und haben in der entscheidenden Abstimmung zum Teil sogar für die volksfeindlichen Herrenhausbeschlüsse gestimmt.

Niemand wird glauben, daß diese Parteien mit Begeisterung und Kampfesmut dem Ziele des gleichen Wahlrechts zustreben. Sie werden vielmehr diese Lösung des Problems erst dann annehmen, wenn sie als letzte einzige mögliche übrigbleibt.

Nun darf man nicht vergessen, daß nicht nur das indirekte, öffentliche Wahlverfahren erledigt ist, sondern daß auch das Prinzip der Dreiklasseneinteilung im Laufe der Verhandlungen eine starke Erschütterung erfahren hat. Mit Recht hat der nationalliberale Abg. Schiffer neben der indirekten und der öffentlichen Wahl die Bezirksdrittellelung als den dritten Toten des Schlachtfeldes bezeichnet. Die Regierung hat durch ihre Vorschläge, so aberwitzig reaktionär sie auch gewesen sein mögen, anerkannt, daß das Klassenwahlrecht mit der Bezirksdrittellelung unhaltbar ist und daß es nicht angeht, unter Vernachlässigung aller andern Qualitäten der Staatsbürger ihre politischen Rechte einfach nach dem Verhältnis ihrer Steuerleistungen zu bemessen. Der Versuch, eine andre Methode der Klassendrittellelung statt der Bezirksdrittellelung ausfindig zu machen, endete mit einem Fiasko. Und ebenso hat sich die Verquickung des Dreiklassenrechts mit einem Pluralsystem, die durch die sogenannte Hebung der „Kulturträger“ bewirkt werden sollte, als gänzlich unausführbar erwiesen.

Sehr zutreffend bemerkt die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, der Verlauf der Wahlrechtsverhandlungen habe gezeigt, daß ein Kompromiß zwischen dem Dreiklassenwahlrecht und einem demokratischen Wahlsystem nicht möglich ist. Aus dieser Unmöglichkeit folgert das reaktionäre Blatt, daß nur das Dreiklassenwahlrecht unangetastet erhalten bleiben solle. Wir begründen auf ihr umgekehrt die Zuversicht, daß jedem Versuch neuer Wahlrechtskünsteleien an seiner Unsinnigkeit scheitern wird, so daß schließlich nur die eine Lösung als die selbstverständliche übrigbleibt: Gleiches Recht für alle!

Es gilt jetzt, die Massen so aufzuklären und eine derartige Stimmung im Lande zu erzeugen, daß keine Partei es mehr wagen darf, mit Maximierungen, Minimierungen, Fingierungen, Kulturträgerhebungen und ähnlichem Humbug zu kommen. Dann wird uns die Bewegung, die jetzt unaufhaltsam weitergeht, nicht bloß kleine Fortschritte und Abschlagszahlungen, sondern den vollen Erfolg bringen.

Der Sturm soll untre Segel schwellen. Fest die Hand ans Steuer gelegt, und pfeilschnell wird das Fahrzeug dem Ziele zustreben!

* * *

Was gedenkt Theobald von Bethmann-Hollweg zu tun? Seinen Abschied reicht er nicht ein, sonst müßte er es ja schon getan haben! Aber wie denkt er sich die weitere Behandlung der Wahlrechtsvorlage? Meint er, wie die Konservativen ihm einzureden versuchen, daß er als braver Mann seine Pflicht getan habe und nun auf seinen Lorbeeren ausruhen dürfe? Oder wagt er in seinem Denkerhaupte neue staatsmännische Pläne? Am letzten Freitag war er mit seiner verunglückten Vorlage aus dem Hause gelaufen wie ein Kind, das seine Puppe unter den Arm nimmt und nicht mehr mitspielt. Vor einem sogenannten führenden Politiker hätte man doch bei dieser Gelegenheit ein paar programmatische Worte erwartet, in denen er die Richtlinien seiner weiteren Regierung festgelegt hätte. Aber Theobald vinkuliert sich nicht!

Was der Herr und Meister versäumt hat, versucht ein Offiziosus in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nachzuholen. Aber auch er redet wie ein Sphinx nichts als Rätselfragen:

Es handelt sich bei der Reform des preussischen Wahlrechts um eine einschneidende Aenderung der preussischen Verfassung und um eine Materie, in der nicht nur die Anschauungen, sondern auch die Interessen der Parteien weit auseinandergehen. Solche Fragen, um die in den meisten Ländern lange gekämpft wurde, pflegen nicht auf den ersten Anstoß gelöst zu werden. Die sachliche Haltbarkeit der Lösung ist für die Regierung und das Land wichtiger als ihre Schnelligkeit.

Soll damit nun gesagt sein, daß wieder siebenmal sieben Jahre ins Land ziehen können, ehe ein später Nachfolger des fünften Reichskanzlers einen Reformversuch unternimmt? Oder gedenkt Herr von Bethmann höchst-eigenhändig noch einmal den Stein des Sisyphus den Berg hinaanzurollen? Er könnte sich die Mühe sparen. Wenn Herr von Bethmann-Hollweg die Wahlrechtsgeschichte anderer Länder liest, so wird er finden, daß der Weg zu einer ver-

nünftigen Wahlreform an den Grabsteinen zahlreicher unfähiger Minister vorbeiführt. Einem Bethmann-Hollweg bleibt für die preussische Wahlreform nur noch eins zu tun übrig — und gerade das ist das einzige, was er bestimmt nicht tun will. Denn er bleibt, anstatt zu gehen.

Darüber hinaus aber ist alles Ministerielle ein Fragezeichen. —

Die sichere Unsicherheit.

Am Tage nach den französischen Kammerwahlen verkündete der offiziöse Telegraph triumphierend, daß die Regierung in der neuen Kammer über eine sichere Mehrheit verfügen werde. Zwar konnte nicht ganz geleugnet werden, daß die Radikalen einige Mandate eingebüßt hätten, auf der andern Seite fehlten jedoch die Linkrepublikaner verjährt in das Parlament zurück.

Dem ersten Triumphgeschrei ist ein perplexes Schweigen gefolgt. Beim näheren Zusehen ergab sich, daß ein großer Teil der Linkrepublikaner von sehr zweifelhafter Couleur ist und daß ein guter Teil der Radikalen gegen andre, und zwar gegen die offiziellen radikalen Kandidaten zu Deputierten gewählt wurde. Neben 200 „Neue“ befinden sich unter den Deputierten, über deren politische Anschauungen man nur durch einen vagen Parteititel unterrichtet ist.

Wenn die gegenwärtige Regierung auf ein bestimmtes Parteiprogramm eingeschworen wäre, dann würde die politische Unsicherheit der Situation nur von kurzer Dauer sein und nur den einen Teil, das Parlament, betreffen. Das Ministerium Briand ist jedoch weder eine Parteiregierung noch, wie das Ministerium Waldeck-Rousseau, eine Regierung mit einem festen Programm. Das Ministerium Briand charakterisiert sich vornehmlich dadurch, daß seine führenden Köpfe ihre politische Karriere durch Freigabe ihrer politischen Gesinnung gemacht haben. Die Barthou und Cochery haben sich von rechts nach links gedreht, die Briand und Millerand in die entgegengesetzte Richtung. Der Kriegs- und der Marineminister haben überhaupt keine politische Parteigesinnung, was man eigentlich auch von den vorher Genannten sagen kann. Man kann ja nicht behaupten, daß die Regierung überhaupt keine politische Meinung hat. Sie ist zunächst eine „republikanische“ Regierung, was ebenso bemerkenswert ist wie etwa der monarchische Charakter einer deutschen Regierung. Daran kann man noch eine Reihe nicht minder hervorstechender Eigenschaften knüpfen. Die Regierung ist für den „gesunden Fortschritt“, für alle „notwendigen Reformen“ usw. usw. Man könnte auch darauf hinweisen, daß Herr Briand vor den Wahlen eine „große“ Programmrede gehalten hat. Konnte man jedoch vor den Wahlen, wo jede Ministerrede eine Parteinahme ist, nicht viel mit der Rede von Saint-Chamond anfangen, so bleibt jetzt, wo zur Tat geschritten werden soll, überhaupt nichts davon übrig.

Die Mehrheit, deren das Ministerium am Morgen nach der Wahl so sicher war, zerrann ihr unter den Fingern. Die Radikalen haben — oder hatten — ein Programm. Die Radikalen haben aber nicht mehr die Mehrheit und unter den verabschiedeten Radikalen sind viele, die auch das radikale Programm wesentlich reduzierten. Die Linkrepublikaner sind keine Partei. Ueberreste der einstigen opportunistischen Partei, bilden sie im Parlament seit 10 Jahren das Kleingewicht aller Regierungen.

Das Problem, das sich der Regierung stellt, war also ein doppeltes: die eigentliche Mehrheit zu finden und für sie ein Programm zu finden. Normalerweise hätte die Regierung einfach erklären müssen: Dies und das ist unser Programm, die Kammer mag entscheiden, ob sie uns ihr Vertrauen geschenkt kann. Wir leben aber politisch nicht in normalen Zuständen. Die Minister haben nur den Ehrgeiz, zu bleiben. Gleichviel wie, gleichviel mit welchem Programm.

In dieser Not erließ Briand eine Mundfrage an die Präfecten, um die Anschauungen der Abgeordneten und die auf sie entfallene Stimmenzahl zu erfahren. Das Resultat dieser Umfrage, für dessen Genauigkeit wir uns keineswegs verbürgen wollen, ist recht interessant. Rühmlichste Probleme stehen im Vordergrund der politischen Diskussion: 1. die Wahlreform, das heißt die Einführung der Vorkwahl durch Zusammenlegung mehrerer Wahlkreise, verbunden mit proportioneller Verteilung der Mandate; 2. die Finanzreform, kritisiert in der im Senat schlummernden Einkommensteuervorlage des Herrn Caillaux; 3. die Verwaltungsreform, die die verrohten napoleonische Zentralverwaltung beseitigen und die lokalen und regionalen Verwaltungskörperschaften einen größeren Einfluß sichern soll; 4. die Schulfrage, die sich in dem 100jährigen Kampfe zwischen Staat und Kirche um die Herrschaft über die Schule ausdrückt. Das gegenwärtige Kampffeld ist die Monopolisierung des Unterrichts; 5. das sogenannte Beamtenstatut, mit andern Worten die Beseitigung der

politischen Einflügelwirtschaft, die Sicherstellung der Rechte und Pflichten der Beamten in korporativer und individueller Beziehung. Außerdem waren noch die Gerichtsreform, darunter man sich vieles denken kann, und die „sozialen Reformen“ Gegenstand der Mundfrage.

8% Millionen Wähler haben gestimmt. Davon stimmten 4 149 900 für Kandidaten, die sich als Anhänger der Listenwahl mit proportionaler Vertretung bekennen, und 1 169 833, die für die Wahlreform ohne nähere Bezeichnung eintreten. Von den gewählten Abgeordneten sind 271 Vertreter der Proportionalwahl und 92 für die Wahlreform schlechtthin. Nur 81 Abgeordnete sind Anhänger des bisherigen Zustandes, für welchen sich nur 355 087 Wähler erklärten.

Daran kann man die politische Niederlage der Radikalen ermessen, die die verbliebenen Gegner der Wahlreform — waren. Rechnet man jedoch von den 108 Abgeordneten und 1 259 488 Wählern, die sich über die Wahlreform nicht ausgesprochen haben, einen Teil wie es wahrscheinlich ist, zu den Anhängern der Reform, dann wird deren Mehrheit und die Niederlage der Radikalen noch größer.

Für das von den offenen oder verkleideten Reaktionsären beständig bekämpfte Einkommensteuergesetz Caillaux erklärten sich 152 Abgeordnete ohne und 228 Abgeordnete mit Referben. Nur 87 Abgeordnete bekämpften offen jede Steuerreform. Für die Monopolisierung der Alkoholproduktion erklärten sich außerdem 75, dagegen 201 Abgeordnete. Für die Verstaatlichung der Versicherungs-gesellschaften 101, dagegen 212 Abgeordnete. Für die Aufrechterhaltung der Privilegien der Sünnapsskrenner 105, dagegen 133 Abgeordnete. Für die Verwaltungreform erklärten sich nicht weniger als 416 Abgeordnete. Das zeigt deutlich, wie sehr das gegenwärtige System, für das niemand eintritt, überlebt ist. Unbestimmt und nichtsfugend ist dagegen, daß sich 375 Abgeordnete für das Beamtenfraktui erklärten. Denn darunter kann man ebenjogut eine Streikung der Beamten wie auch eine Erweiterung ihrer Rechte verstehen.

Schlimmer als das Resultat über die Wahlreform ist für die radikalen Pfaffenreifer das Resultat in der Schulfrage. Nur 66 Abgeordnete vertreten das staatliche Schulmonopol, 298 Abgeordnete jedoch die auch von den Merkmalen vertretene „Freiheit des Unterrichts“. Freilich darf man keineswegs annehmen, daß die 298 Verteidiger der „Freiheit des Unterrichts“ nur Merkmalen wären. Die geistlose Politikaerei der radikalen Spießbürger hat es dahin gebracht, daß die schwarzesten Schwarzgen sich mit dem Purpurmantel der Freiheit drapieren können, daß die Geistesfreiheit als Zwang erscheint. So wissen die verinoderten Radikalen jetzt nichts Besseres zu tun, als die Sozialisten anzuklagen, sie hätten einen Vekt mit der Reaktion geschlossen, weil sie sich in ihrer Mehrheit für die Unterrichtsfreiheit erklärten. Außer der 66 Anhängern des Staatsmonopols erklärten sich 40 für die Verteidigung der weltlichen Schule, 213 für die Lieberwahrung der Privatschulen, die fast durchweg konfessionelle Schulen sind, und 148 für die Aufhebung des Geistesfalls, das die Schulen ermöglicht, in denen man einen Unerricht empfangt wie etwa in einer okefbiischen Schule.

Unter den „sozialen Reformen“ hat Herr Briand vier herausgehoben, die entweder nichtstugend sind oder von den Arbeiterorganisationen abgelehnt werden. Zu diesen gehört die Verleihung der juristischen Person an die Gewerkschaften, für die sich 211 Abgeordnete erklärten, und die Gewinnbeteiligung, für die sich 185 Abgeordnete aussprachen. 195 Abgeordnete wollen den Tarifbestritt gesetzlich regeln und 163 den „Arbeiterkredit“. Darunter versteht man meist die Subventionierung von Genossenschaften für Arbeiterwohnungen und so weiter. 24 Abgeordnete haben sich über diese Fragen überhaupt nicht ausgesprochen.

Von den wenigen guten Eigenschaften des gegenwärtigen Ministerpräsidenten ist seine parlamentarische Geschäftlichkeit die unbestrittenste. Wir zweifeln jedoch, daß er mit dieser Mehrheit etwas anderes als die Wahlreform wird machen können. In allen andern Fragen, die Justiz- und die Verwaltungsreform ausgenommen, gibt es eine Mehrheit nicht und gibt es also auch kein Programm. Da kann es nur ein Kompromiß mit dem Reich geben, um über die innere Kohärenz hinwegzukommen. Und darin ist Herr Briand freilich Meister. Um die Verwaltungsreform durchzuführen, dazu gehört mehr als Geschäftlichkeit. Das ist eine Aufgabe für ein politisches Genie, das zugleich ein eifriger Arbeiter sein muß. Herr Briand gehört nicht zur ersten, noch weniger zur zweiten Kategorie.

Die Wahlreform ist also gescheitert und kann nicht mehr beabsichtigt werden. Das ist das gescheiterte Resultat der Umfrage. Der Rest ist ein großes Fragezeichen.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 30. Mai 1910.

Blättrische Nummern.

Nachdem ging es in den ersten Stunden der Sonnabend-Sitzung des Dreiklassenhauses zu. Von erledigte keine Vorlagen und unterhielt sich über die gegen grüne Seiten. Über die preussisch-württembergische Grenze und dergleichen Gegenstände. Beim Gerichtsveränderung gab es eine kleine Polendebatte. Der Antrag, eine parlamentarische Vertretung aus dem Gebiet zu erteilen, wurde von der konservativen-nationalliberalen Mehrheit abgelehnt.

Leben kam erst beim Geiz über obligatorische ländliche Fortbildungsschulen in der Provinz Schlesien in die Rede. Das Zentrum rückte mit dem verfassungsmäßigen und gesetzgebenden Antrag heran, den Religionsunterricht als obligatorischen Unterrichtsgegenstand in den Fortbildungsschulen einzuführen. Das war sogar der Konventionen zu erg. Selbst der rechts-konservative Geizler verhielt sich ablehnend und standhaft. In der Kreisreform wurde sogar recht unangenehm gegen das Zentrum. So auch der Landwirtschaftsminister

schwam sich zu der Erklärung auf, daß die Pflege der Religion Sache des Geistlichen und nicht der Fortbildungsschule sei. Genosse Hoffmann benutzte die Gelegenheit, um mit dem herben und herzerfröhenden Humor, der ihn auszeichnet, die Unberücksichtigung der Zentrumspaffen zu beleuchten, die, nicht zufrieden mit ihrer Herrschaft über die Volksschule, nunmehr auch ihre geschäftigen Hände nach der Fortbildungsschule ausstrecken. Höchst wirksam vermittelte unser Fraktionsredner auch das alberne und heuchlerische Geschrei über die Verrohung der Jugend.

Der Zentrumsantrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Am Montag stehen kleinere Anträge und Initiativanträge auf der Tagesordnung.

Die Kulturträger im Herrenhaus.

Ein Zufall wollte es, daß am Sonnabend nicht bloß im Dreiklassenhaus, sondern auch im Herrenhaus über Schulfragen geredet wurde. Die Staatsberatung bot dazu den Anlaß. Die junkerlichen Kulturträger im Hause der Lords strahlten wieder einmal in hellstem Lichte.

Der Junker von Klitzing, der bei früheren Gelegenheiten über die luxuriöse Ausstattung der dritten und vierten Wagenklasse und über die unnützen Handtücher auf den Eisenbahnen gezeifert hatte, schimpfte diesmal über die luxuriösen Schulpaläste. Der alte Feldmarschall Gäßler hielt einen langen Vortrag, der auf die zufällig im Saale anwesenden gebornen und berufenen Gesetzgeber augenscheinlich sehr einschläfernd wirkte, über die Verwendung königstreuer Fortbildungsschulen zur „Vernichtung“ der Sozialdemokratie. Dem Konkurrenzneid der Marburger Professoren, die sich durch das Frankfurter Unversitätsprojekt bedroht fühlen, gab Herr Klitzing ergreifenden Ausdruck, der wehmütig von der Gefährdung der ältesten evangelischen Hochschule Preußens sprach.

Nach längerem Hin- und Herreden wurde der Kultusetat bewilligt. Zwischen durch hob man noch die Verdienste des verstorbenen Richters Robert Koch hervor.

Am Montag wird man in der Staatsberatung fortfahren.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die weiteren Verhandlungen.

Die Verhandlungen über die Einigung im Baugewerbe unter Leitung der Unparteiischen sind Sonnabend im Reichstag fortgesetzt worden. Obwohl die Debatten den ganzen Tag in Anspruch nahmen ist es doch zu irgendeinem Resultat bisher nicht gekommen. Die Arbeitgeber verharren im allgemeinen grundsätzlich auf allen ihren Forderungen.

Zunächst entspann sich eine lange Erörterung über die Frage der Akkordarbeit. Nach dem bisherigen Vertragsmuster ist Akkordarbeit zulässig. Die Akkordpreise unterlagen besonderer Vereinbarung. Die Arbeitgeber fordern nun eine Verschärfung insoweit, als sie in den Vertrag eine Bestimmung aufnehmen wollen, daß die vertraglich schließenden Parteien sich jeder hindernden Einflußnahme sowohl auf Arbeitgeber als auch auf Arbeitnehmer zu enthalten haben. Seitens der Vertreter der Arbeiter wurde demgegenüber ausgeführt, daß sie sich auf ein so einseitiges Verlangen auf keinen Fall einlassen könnten. Mit demselben Rechte könnten sie ja fordern, daß die Arbeitgeber sich jeder unerwünschten Einflußnahme zu enthalten haben. Auch die Unparteiischen weisen darauf hin, daß durch die Forderung der Arbeitgeber die Parität nicht gewahrt sei. Einen weiteren Streitpunkt bildet die Frage der Lohnzahlung. Die Arbeitgeber wollen, daß 14-tägige Lohnzahlungsperioden da, wo sie bestehen, beibehalten werden. Die Arbeiter wünschen im allgemeinen wöchentliche Lohnzahlung. Eine Einigung wurde dahin erzielt, daß es heißt, die 14-tägigen Lohnzahlungsperioden dürfen beibehalten werden. Die einzelnen Orte können alle über wöchentliche Lohnzahlungsperioden Vereinbarungen treffen.

Die Frage der Schlichtung von Streitigkeiten kam sodann zur Besprechung. Die Arbeitgeber schlagen eine Schlichtungskommission vor, in der jedes ein Arbeitgeber den Vorsitz führt. Sie verlangen weiter eine zweite Instanz und schließlich eine dritte Instanz, für die der jeweilige Vertreter der Technischen Hochschule in Charlottenburg den Vorsitzenden bestimmt. Gegen Schlichtungskommissionen an sich haben die Arbeiter nichts anzusetzen. Sie protestieren aber dagegen, daß von vornherein ein Arbeitgeber den Vorsitz führt. Weiter geht ihr Vorstoß dahin, daß nach Art des Tarifans der Bundesrat zur Schlichtung von prinzipiellen Fragen die Zentralverbände der beteiligten Organisationen von Zeit zu Zeit zusammenkommen. Auch hierüber kann es zu keinem Einverständnis, doch erklärten die Arbeitgeber, sie seien auch damit zufrieden, daß der Staatsrat des Innern den Vorsitzenden bestimmt.

Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Forderung der Arbeitgeber, daß die Entlohnung und Entlassung von Arbeitern Sache der Arbeitgeber, nicht mehr des einzelnen Arbeitgebers, sein soll. Die Arbeiter erklären hierzu die Möglichkeit, mit Maßregelungen in großen Umfange gegen sie vorzugehen. Auch die sogenannte Agitationsklausel sowie die Bekleidungsklausel führten zu heftigen Auseinandersetzungen. Ebenso heftige Debatten gab es bei der Frage des Arbeitsnachweises. Die Arbeitgeber beharren unbedingt darauf, daß einseitige, unter ihrer Leitung stehende Arbeitsnachweise errichtet werden, die Arbeiter dagegen fordern verstaatlichte Arbeitsnachweise und erklären, daß sie sich einem derartigen Vorschlag der Unternehmer auf keinen Fall einlassen werden. Es ist offensichtlich, daß die Arbeitgeber die Arbeitsnachweise als Maßregelungsinstrumente betrachten wollen.

Am Montag terminiert werden die Unparteiischen zusammenzutreten und die Differenzpunkte zusammenzustellen. Am Montag wird eine engere Kommission zusammen mit den Unparteiischen tagen. Am Dienstag sind wieder dann die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Neue Munitionszufuhr.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat für die Beschaffung von Munition 20 Kart aus Fraktionsmitteln bewilligt. Der Vorstand des Bundes der Eisenarbeiter und Schiffsarbeiter hat für die Beschaffung von Munition 20 Kart aus Fraktionsmitteln bewilligt.

Man geht auf die Dörfer.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ersuchte auch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle a. S., darauf hinzuwirken, daß die ausgesperrten Bauarbeiter nicht durch die Landwirtschaft Beschäftigung erhalten. Die Landwirtschaftskammer hat diesem Ersuchen entsprochen mit dem Hinweis auf die Solidarität der Arbeitgeber und ihre Interessen innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft, insbesondere auch darauf, daß es sich um einen Kampf gegen die Sozialdemokratie handle, in welchem alle bürgerlichen Interessen zusammenstehen müssen.

Kampf gegen die Reizen! — Das ist die alte Weisheit der zahllosen Grefse. Und damit glaubt man den Terrorismus der Unternehmerbündler gegen die Öffentlichkeit rechtfertigen zu können!

In Stade verfuhr der Arbeitgeberverband ebenfalls die Unternehmer auf dem Lande zu veranlassen, die Bauarbeiter auszusperrn. Am Sonntag den 22. Mai war von dem Arbeitgeberverband in Stade eine Unternehmerversammlung in Gröden im Alten Lande (Kreis Forst) einberufen. Die Dorfmeister des Kreises, für welche die Versammlung eigentlich anberaumt war, blieben der Versammlung aber fern. Die Einberufer konnten mit einer langen Kasse wieder nach Stade abziehen. Die Unternehmer auf dem Lande freuen sich, daß durch die Aussperrung ihnen jetzt tüchtige Leute zur Verfügung stehen. Von 59 in Stade ausgesperrten Maurern müssen noch 6 Maurer unterstützt werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 30. Mai 1910.

Das Jugendfürsorgeamt.

Der Stadtbezirksrat-Versammlung ist soeben eine Magistratsvorlage zugegangen, die das neugegründete Jugendfürsorgeamt betrifft. Bekanntlich ist vor kurzem der Volkschullehrer Busch, der sich bereits Verdienste auf dem Gebiete der freiwilligen Jugendfürsorge erworben hatte, zum Vorsteher des neu zubildenden städtischen Amtes gewählt worden, das speziell der Fürsorge für die Jugend gewidmet sein soll.

Die Vorlage enthält nun eine allgemeine Darlegung der Aufgaben, denen sich das Amt widmen, und gewisse statutarische Regeln, nach denen seine Arbeit sich abrollen soll. Der Vorsteher soll der eigentliche Leiter der gesamten Arbeit sein, ihm wird ein Ausschuss zur Seite gestellt, dem nach dem Magistratsvorsatz angehören sollen: Die Deputierten der Armenverwaltung und der Schulverwaltung, fünf Stadtbezirksräte — davon mindestens zwei Mitglieder der Armenverwaltung, der Kreisvorsitzer, je ein Mitglied des Provinzialerziehungsvereins und des Erziehungsvereins für den Kreis Magdeburg, ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher, ein Mitglied der Handwerkskammer, ein von der städtischen Schuldeputation zu entsendender Schulmann sowie ein Arzt und eine Frau, die von der Armenverwaltung zu entsenden sind. Das Amt soll der Armenverwaltung unterstellt sein, seine Geschäfte werden von den Beamten der Berufsvereinsverwaltung, die dem Amt jetzt gleichfalls unterstellt, miterledigt. Nachdem das Fürsorgeamt begründet ist, wird das gesamte Aktenmaterial, soweit es Jugendliche betrifft, von ihm übernommen.

Bisher, so wird in der Vorlage ausgeführt, unterlag nur ein ganz geringer Teil der Jugendlichen einer gewissen Aufsicht durch die Armenverwaltung, und zwar die unehelichen und die Hinderer sowie diejenigen Kinder, deren Eltern öffentliche Armenunterstützung empfangen. Die Beaufsichtigung seitens der Fürsorgeämter soll sich nunmehr grundsätzlich auf alle Jugendlichen erstrecken, bezüglich deren aus irgendwelchen Gründen besondere Maßnahmen notwendig sind. Hierzu gehören vor allem diejenigen Kinder, die, nach Lage der besonderen Umstände, schon an sich leicht besonderen Gefährdungen ausgesetzt sind, z. B. die Kinder, die von ihren Eltern gegen Entgelt fremden Personen in Pflege gegeben sind. Ihnen sind gleichzustellen, weil in gleichem Maße gefährdet, alle unehelichen Kinder, sei es nun, daß sie bei der Mutter, sei es, daß sie bei Dritten untergebracht sind, und schließlich die Kinder derjenigen Eltern, die laufende Armenunterstützung beziehen. Alle die Genannten werden zwar bereits jetzt durch besoldete Pflegerinnen — bis zum 2. Lebensjahre — und von diesem Zeitpunkt an bis zum sechsten Lebensjahre durch die Armenpflegerinnen und Armenpflegerinnen kontrolliert, aber zu einem großen Teile, wenigstens in den beiden ersten Lebensjahren, lediglich im Interesse der Säuglingsfürsorge.

In Zukunft soll, und zwar im Wege der freiwilligen Liebestätigkeit und ohne öffentlichen Zwang, die Fürsorge der Stadt auch über das sechste Lebensjahr dieser Jugendlichen hinaus ausgedehnt werden, nach Befinden, wenn das Interesse der Jugendlichen dies erfordert, bis zur Volljährigkeit. Die Fürsorge soll sich, besonders auf die Art der Unterbringung dieser Jugendlichen erstrecken; sie soll bei Gefährdung Jugendlicher, mögen diese Gefährdungen auf sittlichem oder körperlichem Gebiet liegen, durch geeignete Beeinflussung der Eltern und Kinder sowie durch eine entsprechende Aufsichtsführung Abhilfe schaffen unter tünlichster Vermeidung des Auseinanderreißen der Familie der Jugendlichen, und sich endlich nach der Schulverlassung der Jugendlichen durch Rat schläge betreffs der Berufswahl sowie des weiteren Fortkommens betätigen.

In gleicher Weise soll diese Fürsorge den Waisen und Waisenkinder gegenüber eintreten und darüber hinaus in allen denjenigen Fällen ausgedehnt werden, in denen das Fürsorgeamt Kenntnis von der Fürsorge Bedürftigen erhält.

Die Bestimmungen sehen auch die Maßnahmen vor, die zur Durchführung der Fürsorgetätigkeit ergriffen werden sollen. In erster Linie soll natürlich geeignete Belehrung der Eltern Platz greifen. Wo diese aber nicht genügt, rechnet man auch damit, das Kind den Eltern zu entziehen und es in anderweitige Pflege zu bringen. Insbesondere wird auf Familienpflege Bedacht genommen. Als Pflegeeltern kommen nur Ehepaare in Betracht, die in geordneten Verhältnissen leben. Nicht berücksichtigt werden solche Personen, die auch nur den Verdacht erregen, daß sie das Pflegekind ausnutzen.

Wie es scheint, ist man im neuen Fürsorgeamt vom besten Willen befeuert, der benachteiligten Kindern zu helfen. Wir wünschen ihm deshalb bei diesen Bemühungen den besten Erfolg, im Interesse der Arbeiterschaft wie der Allgemeinheit! —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 124.

Magdeburg, Dienstag den 31. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung.

Berlin, 28. Mai, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Weseler, v. Arnim-Grienen.
Der Gesetzentwurf über die Verlegung der Landesgrenze gegen das Königreich Württemberg wird in dritter Lesung unbeschadet angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über den Rogatabschluß.

Landwirtschaftsminister v. Arnim empfiehlt den Entwurf, der als Abschluß des Gesamtregulierungsplans der Weichselmündungen die hochwasserfreie Abschließung der Rogat von der Weichsel herbeiführen soll.

Abg. v. Oldenburg (kons.) dankt der Regierung für die Vorlage und befragt die Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Die Ueberweisung wird nach kurzer Debatte beschlossen.

Hierauf wird die zweite Beratung des

Gerihtskostengesetzes

fortgesetzt.

Abg. Kirsch (Ztr.) beantragt Ablehnung des Kommissionsbeschlusses zu § 44, wonach für die Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen fünf Prozent der vollen Gebühr, bei eigenhändigem Testamente die volle Gebühr erhoben werden soll.

Zustizminister Weseler: Die Regierung hat keine Veranlassung, dem Antrag Kirsch zu widersprechen.

Der Antrag Kirsch wird angenommen.

Abg. Seyda (Folie) beantragt, den § 55 zu streichen, der eine Erhöhung der Gebühren um ein Viertel bestimmt, wenn sich ein Beteiligter am Rechtsgeheim in fremder Sprache erklärt.

Zustizminister Weseler rechtfertigt die Erhöhung der Gebühr mit der größeren Mühewaltung.

Abg. Göbel (Ztr.) befürwortet den Antrag Seyda.

Abg. Keil (natl.) Es ist merkwürdig, daß sich Zentrum und Polen hier wieder zusammenfinden. Die polnische Bevölkerung kann recht gut Deutsch sprechen, wenn sie nur will.

Abg. Boisch (natl.) behauptet, daß die Führer der Polen ihre Landsleute aufsuchen, sich der deutschen Sprache unter keinen Umständen zu bedienen. Das darf nicht noch prämiert werden.

Der Antrag Seyda wird abgelehnt.

Bei § 72 (Eintragung in das Handelsregister) beantragt

Abg. Cahensly (Ztr.) Wiederherstellung der von der Kommission um je 50 Prozent erhöhten Sätze der Regierungsvorlage.

Ein Regierungskommissar bittet, es bei der Kommissionsfassung zu lassen.

Die Abgg. Dr. Wendlandt (natl.) und Fund (Fortf.) bitten um Annahme des Antrags Cahensly. Es liege keine Veranlassung vor, Handel und Gewerbe, die schon genug belastet seien, immer noch mehr zu belasten.

Die Abgg. Bartfischer (Ztr.) und Lüddecke (freikons.) wenden sich gegen den Antrag Cahensly, der darauf abgelehnt wird.

§ 72 und der Rest des Gesetzes werden nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Die sozialdemokratischen Anträge über den

Wagabundenparagrafen und die ausländischen Polizeibeamten

werden auf Antrag Borgmann (Soz.) abgelehnt.

Die „Gebührenordnung für Notare“ wird in zweiter Lesung mit einem Antrag Lieber (natl.) angenommen, wonach beim Abschluß von Eheverträgen die Bemessung der Notariatsgebühren der freien Uebereinkunft überlassen werden soll.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle zum Gesetz über Gewährung von Zwischenkredit bei Rentengutsgründungen. Das Gesetz erhöht den Fonds für die Gewährung von Zwischenkrediten von 10 auf 15 Millionen.

Die Abg. Klocke (Ztr.) und Gabel (natl.) wenden sich dagegen, daß man durch Ministerialerlasse der Ostpreussischen

Landgesellschaft ein Monopol zu schaffen versuche und dadurch die privaten Gesellschaften benachteilige und die Privatrentengutsbildung erschwere.

Die Vorlage wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen

in der Provinz Schlesien.

Abg. v. Goller (kons.): Der Entwurf bedeutet einen Fortschritt auf dem Wege zur allgemeinen Einführung des ländlichen Fortbildungsschulunterrichts. Den Fortbildungsschulunterricht, wie es die ländlichen Arbeitgeber wünschen, auf den Sonntag vormittag zu legen, würden wir nicht für förderlich halten. Der Zentrumsantrag auf obligatorischen Religionsunterricht in den ländlichen Fortbildungsschulen ist uns sympathisch, aber es fragt sich, ob dadurch nicht die wichtigsten Schulstunden vernachlässigt werden. Die Zeit für den Fortbildungsschulunterricht für Mädchen auf dem Land ist wohl noch nicht gekommen. (Beifall rechts.)

Abg. Stull (Ztr.) begründet den Zentrumsantrag auf Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den ländlichen Fortbildungsschulen. Der Religionsunterricht muß den gesamten Lehrplan durchdringen. (Beifall i. Ztr.)

Abg. v. Kardorff (freikons.) stimmt der Vorlage zu, lehnt den Zentrumsantrag ab und befürwortet eine Resolution auf halbige Vorlegung eines Gesetzes über obligatorische ländliche Fortbildungsschulen in der Provinz Posen.

Landwirtschaftsminister v. Arnim bittet, sowohl den Zentrumsantrag wie die Resolution Kardorff abzulehnen. Das religiöse Gefühl nach Beendigung der Schule zu pflegen, sei Aufgabe des Geistlichen.

Abg. Eder (Winsen, natl.): Wir stimmen dem Gesetz zu, lehnen aber den Zentrumsantrag ab. Gewiß ist der Religionsunterricht unbedingt zu fördern. Allein, in das Programm der ländlichen Fortbildungsschulen gehört er nicht hinein.

Abg. Dr. Schupp (Fortf. Sp.): Auch wir lehnen den Zentrumsantrag ab. Das Zentrum will seine Herrschaftsgelüste nun auch auf die Fortbildungsschulen ausdehnen. (Widerpruch im Zentrum.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir werden selbstverständlich für alles stimmen, was Bildung und Wissen des Volkes fördern kann. Auch mit dem Antrag Kardorff sind wir einverstanden. Wenn wir boshaft wären, müßten wir auch eigentlich für den Antrag des Zentrums stimmen. Besser können wir der schulentlassenen Jugend die Religion nicht verhehlen, als wenn wir sie in den Fortbildungsschulen in Religion unterrichten lassen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Gerade der Religionsunterricht ist es, der unsern Kindern die Schule am meisten verleidet. (Lebhafter Widerspruch i. Ztr.) Die Tatsachen des Unterrichts beweisen das. In viel größerer Maße wäre das nun der Fall, wenn dieser Religionsunterricht auch auf die Fortbildungsschulen ausgedehnt würde. Denn Sie müssen bedenken, daß in diesem Alter ein Teil der Jugend schon selbständig zu denken vermag. In den Augen dieser jungen Leute könnte der Religionsunterricht als etwas sehr Unangenehmes und Unbegreifliches empfunden werden. Man fragt über die zunehmende Unzufriedenheit und Verachtung der Jugend. Das ist das beliebteste Kapitel.

Aber sehen Sie nur hinein in die amtliche Statistik, die nicht wir machen, sondern die von Ihren Beamten gemacht wird. In dieser Statistik können Sie lesen, daß in den dunkelsten Gegenden unseres Vaterlandes, da, wo das Zentrum noch am festesten sitzt und wo die Religion noch in ihrer Urkraft vorhanden ist, die meisten Mordtaten und Verbrechen vorkommen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Unruhe i. Ztr.) Der Abgeordnete Stull meinte, man dürfe den Vätern nicht das Recht nehmen, ihre Kinder in den Religionsunterricht zu schicken oder fortzulassen. Wozu brauchen Sie dann aber den Zwang durch die Gemeinde? Weßhalb überlassen Sie den Vätern nicht die freiwillige Entscheidung? Bei der ersten Lesung hat der Zentrumsabgeordnete Geißler auf die Verheerung der Sozialdemokratie hingewiesen, Einfluß auch auf die Jugend zu

gewinnen. Glauben Sie wirklich, diese Bestrebungen mit Ihrem Religionsunterricht unmöglich zu machen? Ich glaube, Sie werden diese Bestrebungen dadurch sogar fördern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie wollen am liebsten die Fürsorge-Erziehung, die heute für verkommene Kinder besteht, auf die gesamte Kinder des Volkes ausdehnen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Unruhe.) Sie wollen gute Unterrichten erziehen, wir aber freie Bürger und Bürgerinnen. Wenn Sie den Religionsunterricht am Sonntag nachmittag stattfinden lassen wollen, dann nur zu, dann wird es selbst in den dunkelsten Köpfen tagen. Der Sonntagnachmittag bringt die einzigen paar Stunden Erholung für den größten Teil unserer Jugend, und die sollte man ihr nicht verübeln. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Sonntagnachmittags-Unterricht wird schnell in sein Gegenteil umschlagen. Zu erörtern wäre dann noch die Frage der gesetzlichen Berechtigung des Unterrichtszwangs in Religion an den Fortbildungsschulen. Sind Sie überhaupt gesetzlich berechtigt, Kindern über 14 Jahre einen derartigen Unterricht aufzuzwingen? (Unruhe i. Ztr.: Ja, ja!) Nach dem Allgemeinen Landrecht sind Kinder mit 14 Jahren religiös mündig. Kein Vormund hat das Recht, seine Kinder zur Teilnahme am Religionsunterricht zu zwingen. Jeder, der das selbst mit seinen eignen Kindern tut, macht sich strafbar. (Unruhe i. Ztr.) Jeder Knabe mit 14 Jahren kann vor dem Amtsgericht seinen Austritt aus der Landeskirche erklären. (Widerpr. i. Ztr.) Sie werden also höchstens die Kirchenaustrittsbewegungen fördern. Dr. Schupp sagte, die Fortbildungsschule solle die Lücke ausfüllen zwischen Schule und Militär. Nach unserer Ansicht soll sie die Lücke ausfüllen, die der Volksschulunterricht im Wissen und in der Bildung unserer Jugend gelassen hat. Aus diesem Grunde werden wir alles für die Kultur bewilligen, aber nichts für Ihren Kultus. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.): Ohne Religion ist eine wirkliche Erziehung und Bildung der Jugend nicht möglich. Die Religion ist das allerwichtigste und notwendigste Schulfach. Herr Hoffmann sollte sich einmal die religiösen Lieberungen der Junglingsvereine an den Sonntagnachmittagen ansehen, anstatt während der Tagung des Hauses Agitationsreisen zu unternehmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn ich während der Tagung des Hauses Agitationsreisen unternehme, so veräume ich trotzdem keine Sitzung. Ich habe aber schon viele Sitzungen mitgemacht, in denen Herr Kaufmann und seine Freunde gefehlt haben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich bin sogar schon nachts hierher zurückgekehrt, damit Sie meine Anwesenheit hier nicht zu entbehren brauchen. (Heiterkeit.)

Der Zentrumsantrag wird abgelehnt, ebenso die Resolution Kardorff. Die Vorlage wird angenommen, ebenso eine Resolution der Kommission, mehr Mittel in den Etat für ländliche Fortbildungsschulen in leistungsschwachen Gemeinden einzuflechten.

Das Haus vertagt sich auf Montag 11 Uhr. (Kleine Vorlagen und Initiativanträge.)

Schluß 4 Uhr.

9. Generalversammlung des Zentrumsverbandes der Wäpfer und Bernsgenossen.

Nachdem die Diskussion über die Anstellung besoldeter Gauleiter durch Erhöhung der Nebenentlohnung beendet wurde, zunächst in namentlicher Abstimmung über die prinzipielle Frage abgestimmt, ob besoldete Gauleiter angestellt werden sollen oder nicht. Die Frage wurde mit 46 gegen 12 Stimmen bejaht, bei 5 Stimmenthaltungen. Danach wurde der Vorstandsvorschlag, vier besoldete Gauleiter anzustellen, gegen 8 Stimmen angenommen.

Eine Resolution mit der näheren Begründung dieses Schrittes fand gegen 6 Stimmen Annahme. Darin fiel die Entscheidung über die Arbeitslosenversicherung. Die Statutenberatungskommission hatte die Vorlage des Vorstandes verworfen und dafür eine eigene Vorlage vorgelegt, die ebenfalls

Viktoria-Theater.

Magdeburg, 28. Mai 1910.

Die Schmuggler. Wenn wir Hauptmanns „Biberpelz“, Rosenows „Kater Lampe“ und den „Hauptmann von Köpenick“ hinter uns gelassen haben, kommen wir auf ziemlich geradem Wege zu H. Dinters lustigen „Schmugglern“ in den Vogesen. Zeitlich zwar sind die „Schmuggler“ älter, denn die Komödie spielt gleich nach dem Kriege von 1870/71 und zeigt uns, wie sich unsere wiedererwachten Brüder aus dem Eliaß auf ihre Art bei uns eingewöhnen, und wie sie auf „neu“ germanisiert werden. Uebermütiges, anmaßendes Preußentum, verbohrteter Beamtenbüffel, aber auch großmütiger Chauvinismus und kriechender Geschäftspatriotismus bekommen gleichermäßen Pöbel mit der Narrenprähie. Daß dieses im Eliaßer „Müßig“ geschriebene Stück preisgekrönt wurde, kann als Beweis gelten, daß Bürgertum und Intelligenz da unten nach 40 Jahren zwangsweisen Deutschtums noch lange nicht zur selbständigen Bewusstseinsbildung herabgekommen sind, daß die französische Erziehung auch in der neuen Generation noch wirkt.

Doch kommen wir zum „Zustand“.

Stil und friedlich lebten die Oberrheinländer auf ihren Höhen. Da kam der Krieg, und sie, die vordem weitab von den altdeutschen Gauen wohnten, wurden plötzlich Grenzbesitzer. Ein lohnendes Gewerbe eröffnete sich ihnen: der Schmuggel. Und mit Lust und Liebling man aus Werl, Bürgermeister und Nachwächter, Faktor und Küster, Bauer und Knecht, alles, was frachten konnte, pöbelte, erwarb sich klingende Nebeneinnahmen und außerdem das Verdienst, das verhasste neue Reich am Geldbeutel zu schädigen. Nach und nach aber wurde die Sache gefährlicher, Zollstationen wurden errichtet und der Schmuggel härter überwacht.

Vorherer solcher Station ist der Steuerzoll Pimpe, der Tapus eines Strebers, dessen Hochmütigkeit und Rücksichtslosigkeit nur übertraffen wird durch seine Dummheit. Er ist auf der Fährte eines Schmugglerführers, des François Sperber, der ein verbummelter Student und weitgewandter Abenteuerer ist. Im Hause des Gastwirts Schimmel, eines Mittelmanns der Schmuggler, treffen Jäger und Wild zusammen. Sperber stellt sich als der zur Revision erwartete Regierungsrat von Water vor, verhilft seinem Gelderheber, dem Schimmelwirt, zu einer Zollnebenstelle mit 1000 Mark Einkommen, und unter den Augen des schneidigen Pimpe, der auch die nötigen Grenzaufsicherposten ausstellt, damit die Schmuggler ungehindert arbeiten können, bringen diese für 15 000 Frank Uhren in Sicherheit.

Zwischendurch läßt Pimpe noch zwei harmlose Personen verhaften, belästigt Sommerfrüchler und spielt sich als Herr der Situation auf, bis ihn ein Brief des geriebenen Sperber über seine traurige Rolle aufklärt. Verächtlich sinkt er zusammen, aber wir haben die tröstliche Gewißheit, daß er sich früher oder später wieder erheben wird. An Lächerlichkeit ist in Preußen ja noch kein Beamter zugrunde gegangen.

Damit Herz und Gemüt nicht zu kurz kommen, sind auch zwei Liebespaare vorgezogen, die herjige Tochter des Schimmelwirts, die den armen Schang nicht heiraten soll, ihn am Ende aber doch bekommt, und die ältliche Schwester des Wirtes, die sich den berittenen Ober-

grenzkontrollleur Gimmig mit unerfährtem Magen und hater Schläferbereitschaft heranträgt. Ein deutscher Professor und ein Berliner Tourist mit Revolvermündwerk fehlen auch nicht.

Der Verfasser hat also seine Fäden mit einer dicken Schicht süßen Humors umwickelt; von der sozialen Herbigkeit Rosenows und der politischen Schärfe Hauptmanns verspüren wir nichts. Man merkt, daß Dinter an eignen Leibe die Preußenherlichkeit nicht gefühlt hat. Liebenswürdig erzählt er, wie es damals war und bedient sich dabei der heimischen Mundart, die das Schrotte noch weiter mildert, das Schärfe abjähleilt.

Daß das Gemisch von Bayerisch, Schwäbisch, Wienerisch und Gott weiß, was für andre Mundarten etwas, das auf der Bühne verzapft wurde, mit dem Dialekt der Eliaßer etwas gemein hat, glauben die Künstler gewiß qualiter. Aber dieser interessante Kuddelmuddel ist mir immer noch lieber, als etwa eine Vertonung ins Schriftdeutsche. Etwas Vertraut-fremdes, wie der Gruß einer lieben Person aus der Ferne, haftet daran, wir fühlen uns heimlich und freuen uns über die verschmitzten Köpfe da unten, die der Autorität Posten über Posten spielen.

Spiele! Auch über das Spiel möchte ich noch einiges sagen, aber nur kurz. Die Hauptpersonen wurden ja schon charakterisiert, und die Mitwirkenden waren bemüht, die besondern Eigenschaften der von ihnen verkörperten Personen herauszuarbeiten. Der Dichter hat durchweg Menschen nach der „Natur“ gezeichnet. Eine Ausnahme ist der Schmugglerführer François Sperber, ihn mußte Dinter schaffen, aber er hat dabei dem lieben Gott so funktvoll ins Handwerk geprügelt, der Figur so viel lebendigen Oem eingehaucht, daß man sich erst später darüber klar wird, nur eine Marionette gewesen und ihr zugehört zu haben. Alfons Kape machte durch meisterhaftes Spiel die Zäufchung vollständig. Von den Damen wirkten mit Vina Basmann, Janni Wenaldi und Klara Bracco. Außerdem Heinz Erich, Hermann Mahberg, Paul Medenwaldt, George Beckow, Heinrich Keob, Berner Kowalewski in den Hauptrollen. Die kleineren Rollen waren gut besetzt. Die Aufführung war flott, dauerte aber zu lange. Das Publikum war in angeregtester Stimmung und spendete verschwenderisch Beifall. Mit den „Schmugglern“ hat die Dichtung einen guten Griff gemacht, und da die Preise im Viktoria-Theater auch für Arbeiter erschwinglich sind, sollten die, die einmal auf wenige Stunden die Sorgen des Alltags vergessen wollen, sich das Stück auch ansehen. wr.

Wunder japanischer Gartenkunst.

Die fast märchenhaften Erfolge der japanischen Gartenbaukünstler haben seit jeder die Bewunderung der Europäer erregt, aber nie ist es gelungen, die Mittel und Wege zu erfahren, durch welche die Kunstgärtner des Ostens ihre Wunder erreichen. Was die Kunst der Gärtnerei Japans erreicht, davon erzählt eine englische Wochenchrift allerlei Interessantes. Die Japaner sind wahre Meister in dem Umfassen von großen Bäumen. Das Alter der Bäume und ihr Umfang scheinen bei ihnen gar keine Rolle zu spielen. Mit der gleichen Sicherheit, mit der junge Pflanzen

umgekehrt werden, versehen sie alle Waldriesen von einem Ort an den andern, und daß dabei ein Baum eingest, gehört zu den auffälligsten Seltsamkeiten. Nach 2, höchstens 3 Jahren fortwährender Behandlung hat der Baumriebe alle Folgen des „Anzugs“ überwunden. Allem Anscheine nach liegt das Geheimnis dieser Erfolge in einer besonderen Art der Wurzelbehandlung. Verblüffend für den Europäer sind die erstaunlichen Vergrößerungen von Blumen und Blüten, die der japanische Gärtner leicht zu erzielen weiß. Die Pflaumen- und Mirisbäume werden in Japan nicht der Früchte wegen gezogen: ihr Zweck und ihr Ziel ist die lichte Herrlichkeit der Blüten. Durch eine besondere Behandlung werden diese Obstblüten bis zu dem Umfang von Rosen vergrößert. Man hat Pflaumenblüten gesehen, die sogar viermal so groß wie unsere gewöhnlichen Pflaumen waren. Aber die Kunst des Gärtners erstreckt sich nicht nur auf die Blüte, auch der ganze Baum wird durch künstliche Entwicklung zu Größen gebracht, die den Fremden immer wieder von neuem Staunen machen. Man hat Miris- und Pflaumenbäume gezeichnet, die eine so mächtig ausladende Ästentwielung zeigten, daß ihr Umfang 80 Meter und mehr maß. Solch ein Mirisbaum wird zu einer weiten Laubbütte unter der das Laubdach durch Bambusstäbe gestützt werden muß, um nicht durch die eigne Schwere zur Erde zurückzusinken. Aber noch höhere Wunder werden auf dem Gebiete der Verkleinerung herbeigebracht. Die Züchtung von Miniaturbäumen, von wehren Miniaturbäumen ist das größte Geheimnis japanischer Gärtnerei. In ihr verlorert sich das Ergebnis jahrhundertelanger mühsam gesammelter Erfahrungen. Heute ist der japanische Gärtner imstande, völlig ausgewachsene, regelrechte Bäume zu züchten, die kaum 1 Fuß hoch sind und die in ihrem natürlichen Zustand zu mindestens 15 oder 20 Metern emporwachsen würden. In London wurde vor 2 Jahren ein winziger Maßen von nur 3 Zoll Länge und 1 Zoll Breite verfertigt, der eine vollkommene ausgewachsene Föhre, einen alten Bambus und einen in voller Höhe stehenden Pflaumenbaum enthielt. Ein anderer Miniaturfahnen enthielt Exemplare aller Bäume, die in Japan wachsen. Wie diese Erfolge erreicht werden, davon werden nur wenige allgemeine Grundzüge verraten, die Details bleiben geheim. Gewöhnlich wird der ausgewählte Samen in einen winzigen Miniaturblumentopf gepflanzt, der kaum 1 Quadratzoll Erde enthält. Die Saat wird auf den Boden des Topfes gelegt. Wenn nach einiger Zeit die Wurzeln sich entwickeln, so streben sie auf der Suche nach Nahrung nachgedrungen aufwärts. Sobald sie aber an der Oberfläche erscheinen, werden sie abgeschnitten. Parallel mit dieser Behandlung der Wurzeln läuft die häufige Beschneidung der Äste. Die Pflanze nicht unangenehm unter Aufsicht. Der Grundfatz der Behandlung ist, ihr genau nur so viel Nahrung zu bieten, als sie gerade braucht, um ihr Leben zu fristen. Mit der Zeit wird der kleine Baum umgepflanzt, erhält etwas mehr Erde, und das wird so oft wiederholt, bis die Pflanze voll ausgewachsen ist. Bei sorgfamer Behandlung können solche Liliputbäume Hunderte von Jahren leben. In der japanischen Ausstellung in London sind einige dieser winzigen Bäume zu sehen, die 200 und 300 Jahre alt sein sollen. —

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 124.

Magdeburg, Dienstag den 31. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Sozialdemokratischer Verein des Wahlkreises Salzwebel-Gardelegen.

Unsre diesjährige Generalversammlung berufen wir hierdurch zu Sonntag den 10. Juli, vormittags 10 Uhr, nach Salzwebel (Restaurant zum Bürgergarten, Südbachhorn 69) ein. Die provisorische Tagesordnung ist folgende:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, des Bildungsausschusses und der Revisoren.
2. Die politische Lage im Wahlkreise Salzwebel-Gardelegen.
3. Wahl des Vorstandes.
4. a) Wahlen des Bildungsausschusses, b) der Kontrollkommission, c) des Mitgliedes der Pressekommission.
5. Wahl der Delegierten zum Parteitag und zum Bezirkstag.
6. Allgemeines.

Wir eruchen die örtlichen Parteileitungen, die Delegiertenwahl in der nächsten Mitgliederversammlung vorzunehmen nach folgenden Bestimmungen des Statuts:

Die Generalversammlung des Vereins setzt sich aus den Mitgliedern des Vereinsvorstandes, den Delegierten der Ortsgruppen und Einzelmitgliedern, den Revisoren und dem Reichstagskandidaten zusammen.

Delegiert kann nur werden, wer seine Beiträge voll entrichtet hat. Die Ortsgruppen können bis zu 25 Mitgliedern einen Delegierten und für je angefangene 25 Mitglieder einen weiteren Delegierten zur Generalversammlung entsenden.

Die Delegierten sind mit Mandat und Mitgliedsbuch zu versehen. Die Generalversammlung beschließt in allen Vereinsfragen endgültig mit einfacher Mehrheit. Die Generalversammlung wählt selbst ihr Bureau, prüft die Mandate und setzt die Geschäfts- und Tagesordnung fest. Die Generalversammlung ist die oberste Instanz des Vereins. Ihre Beschlüsse sind bindend für die Ortsgruppen, für alle Mitglieder und Funktionäre des Vereins, sie dürfen jedoch nicht im Widerspruch mit den Beschlüssen des Parteitages und des Bezirkstages stehen.

Entscheidungen der Generalversammlung müssen spätestens 14 Tage vor ihrem Stattfinden dem Vorstand mitgeteilt und von diesem in der „Volksstimme“ bekanntgegeben werden.

Entscheidungen auf Statutenänderungen müssen mindestens 4 Wochen vor der Generalversammlung dem Vorstand eingereicht werden, der sie sofort in der „Volksstimme“ zu veröffentlichen hat.

Salzwebel, den 29. Mai 1910.

Mit sozialdemokratischem Parteigruß

Der Vorstand.

J. A. Hermann Scheidner,
Schäferstieg Sa.

Herr von Kröcher!

Der Präsident des preussischen Dreiklassenhauses, der sich so eifrig bemüht, unsre Genossen im Landtage gegebenenfalls an die Luft zu setzen, stand vor kurzem selbst in Gefahr, zu fliegen. Hinauszufliegen aus seinem angestammten Wahlkreis Gardelegen-Salzwebel. Die „Korrespondenz des Deutschen Bauernbundes“, eine Gegenorganisation des Bundes der Landwirte, weiß darüber zu melden:

„Zu einem merkwürdigen Ergebnis hat die bisherige Agitation des Deutschen Bauernbundes im Wahlkreis Gardelegen-Salzwebel des Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses und konservativen Reichstagsabgeordneten Herrn von Kröcher geführt. . . . Unmittelbar vor Pfingsten veranlasseten sie (die Landwirte) in Salzwebel eine Vertrauensmännerversammlung. Dort trat als Führer gegen den Adel besonders ein Brauereibesitzer Quendt auf und erklärte, Herr von Kröcher könne nicht mehr aufgestellt werden, der Adel habe jetzt die Führung verloren, und man müsse einen andern auf-

stellen. Und in der Tat beschloß die Vertrauensmännerversammlung, Herrn v. Kröcher nicht mehr aufzustellen.

Ein unglückseliger Zufall brachte die Nachricht in die Presse. Und plötzlich sahen die dortigen braven Bündler, in welcher kolossalen Verlegenheit sie die Berliner Bundesleitung gebracht hatten. Der Bund der Landwirte, mit dem es jetzt überall rüchdraris geht, hat selbstverständlich nicht das mindeste Interesse daran, auch noch mit den Konservativen in Konflikt zu geraten, und dieser Beschluß der Vertrauensmännerversammlung paßte zur gegenwärtigen Lage wie die Faust aufs Auge. Die Berliner Bundesleitung muß sich auch nicht lange besonnen haben. Plötzlich wird in den Zeitungen die Tatsache der Vertrauensmännerversammlung und ihr Beschluß völlig demontiert. . . . Deutlich ist wiederum gezeigt worden, daß die Vertrauensmännerversammlungen des Bundes der Landwirte nicht das mindeste bedeuten, wenn es der Berliner Bundesleitung nicht in den Kram paßt. Denn tatsächlich hat eine solche Vertrauensmännerversammlung mit einem derartigen Beschluß stattgefunden. Alles Abstreiten schäfft diese Tatsache nicht aus der Welt. Schon lange vorher haben die Bündler von dieser ihrer Absicht gesprochen. Herr Schulz-Stapen sollte der Nachfolger Herrn von Kröchers werden. Jeder Kenner der dortigen Verhältnisse ist aber davon überzeugt, daß dieses plötzliche Abschweifen des Beschlusses ohne Frage auf den Einfluß der Bundesleitung in Berlin zurückzuführen ist. Herrn von Kröcher zu Gefallen haben die Vertrauensmänner ohne Frage nicht nachgegeben.“

Der edle Herr auf Einzelberg ist auf Befehl von oben also vor dem Abitur bewahrt geblieben. Ob er aber angesichts dieses alimantischen Treuebeweises nicht noch vorzieht, sich ein andres Königreich zu suchen, muß man abwarten. Viel Zeit hat er allerdings nicht mehr und die Kreise, in denen ein Reaktionär wie Kröcher gewählt werden könnte, sind dünn gesät. —

Benneckenbeck, 30. Mai. (Eine Gemeindevorstellung.) Die Sitzung fand am 27. d. M. statt. Zur Pflasterung des Witwenkampfs wurden 10 000 Mark aufgenommen. Die Entschädigung des Gemeindevorsetzers wurde von 1300 auf 1500 Mark erhöht. Das Gehalt des Gemeindevorsetzers um Gehaltserhöhung wurde abgelehnt. —

Lemsdorf, 30. Mai. (Verhandlungen) im Bäckerhandwerk fanden am 27. Mai statt. Bis jetzt haben folgende Bäckermeister die Forderungen der Gesellen bewilligt: Otto Chert, Freie Straße 5, Albert Döppner, Budauer Straße 1, und Wilh. Stridde, Budauer Straße 20. An den Parte- und Gewerkschaftsgenossen liegt es nun, ihren Bedarf an Backwaren nur in obengenannten Geschäften zu decken, um den Sklaven der Backstuben zu etwas Freiheit zu verhelfen. —

Burg, 30. Mai. (Falsch aufgefaßt.) Der Bürgerverein hielt am Donnerstagabend im „Konzerthaus“ seine konstituierende Versammlung ab. Zum Vorsitzenden wurde der Gewerkschaftsbeamte Muckrausch, sonst noch in den Vorstand Buchhalter Krüger, Gewerkschaftsbeamter Gräf, Schriftsetzer Priem und Sattlermeister Sriele gewählt. Dem Magistrat war eine ablehnende Antwort auf den Antrag auf Ermäßigung des Schulgeldes eingegangen. Hieran anknüpfend meinte Herr Muckrausch, daß die in bezug auf diese Angelegenheit von der Magdeburger „Volksstimme“ aufgeleitete Behauptung, das Ergebnis der Abstimmung in der Stadtverordneten-Versammlung würde ein noch ungünstigeres gewesen sein, wenn alle 31 Stadtverordnete anwesend gewesen wären, unzutreffend sei. Wir geben, um zu zeigen, daß wir mit unserer Meinung trotz der entgegengelegten Auffassung des Herrn Muckrausch recht haben, zunächst einige Zeilen unseres Berichtes aus Nr. 112 der „Volksstimme“ wieder. Wir schreiben:

Die Aktion der Herren Freisinnigen (die Wichtigkeit des Schulgeldes auf der alten Höhe zu erhalten. D. V.) ist an dem Willen der reaktionären Rechten im Stadtparlament gescheitert. In der Versammlung, die nach Ablehnung ihres Antrags auf Herabsetzung des Schulgeldes wieder auf 48 Mark, die Herren Muckrausch, Gräf und Haab nach dem „Konzerthaus“ einberufen hatten, gab ersterer seinem Unwillen darüber Ausdruck, daß bei der Beschlußfassung von 31 nur 24 Stadtverordnete anwesend gewesen seien. Das hätte Sie vom Morgen in die Krause gebracht, Herr Muckrausch. Der Antrag wäre dann erst recht unter den Tisch gefallen. . . .

Diese Behauptung müssen wir nach wie vor aufrechterhalten, denn wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß die Abstimmung der Stadtverordneten-Versammlung, wenn sie eine Mehrheit für den Antrag Muckrausch und Genossen ergeben hätte, eine Annahme des Antrags bedeutet hätte. Herr Muckrausch war in der betreffenden Stadtverordneten-Sitzung mitanwesend; wenn er die Erklärung des Magistrats, er habe zur Frage noch keine Stellung genommen, nicht richtig aufgefaßt hat, dann kann er allerdings auch die Ausführungen der Magdeburger „Volksstimme“ nicht kapieren. Wir hatten in unserm Bericht den Herrn Muckrausch, als er von dem Fehlen der Stadtverordneten bei der Abstimmung sprach, richtig verstanden. Und gerade deshalb, weil eine Annahme in der Stadtverordneten-Sitzung niemals die Annahme des Antrags überhaupt bedeutet hätte, jagten wir: „Das hätte Sie vom Morgen in die Krause gebracht, Herr Muckrausch.“ Magistrat und Regierung hätten, trotz des auf dem Papier und in den Köpfen unserer Staatsbürger vorhandenen Selbstverwaltungsrechts der Städte, die Sache schon besorgt. Wir haben das Kind beim richtigen Namen genannt, das ist alles, und das scheint Herr Muckrausch nicht verstanden zu haben. Wenn im Bürgerverein weiterhin solche Auffassungen über unsre Stellungnahmen und über die Politik in der Kommune sich breit machen sollten, dann sehen wir den Begräbnistag nicht mehr fern. Die Ablehnung des Antrags auf Herabsetzung des Schulgeldes ist den Herren eine herbe Enttäuschung. Uns aber sind solche noch viel öfter und sogar mit Hilfe der Herren Freisinnigen bereitet worden. Wie stellt sich der Bürgerverein zur Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes? —

(Ein Unglücksfall) ereignete sich am Freitag vormittag an der Einfahrt zum Güterbahnhof an der Kanalstraße. Der etwa 12jährige Sohn des Bahnarbeiters Flügge wurde von einem zum Glücke leeren Lastfuhrwerk überfahren. Er trug eine klaffende Wunde am Kopf und Quetschungen am Arm und an der Brust davon, die vom Arzte jedoch als nicht lebensgefährlich bezeichnet werden konnten. —

(Verhaftet) wurden am Donnerstag in der Nähe des Kanals von drei Nachwachtbeamten und einem Polizeiergeanten zwei Arbeiter. Die Verhaftung soll mit dem Raubmord in Genthin in Zusammenhang stehen. —

Genthin, 30. Mai. (Ertrunken.) Am Sonnabend vormittag ertrank im Eintrich bei der Zuderfabrik der 10jährige Sohn des Händlers Störck von hier. Die Kinder, welche die Volksschule besuchen, haben Sonnabends von 10 bis 11 Uhr frei und von 11 bis 12 Uhr wieder Unterricht. Die Pause benutzten mehrere Knaben, nach der Zuderfabrik zu gehen und dort im Röhre zu spielen. Störck wollte vom Ufer abstoßen und dann nachspingen und dabei geschah das Unglück. Wenn auch unter andern Umständen ein solches Unglück geschehen kann, ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß durch eine derartige Einteilung des Unterrichts die Kinder geradezu zum Unfugmachen kommen müssen. Es ist die Frage angebracht, ob es nicht ratsam erscheint, wenn schon die Lehrkräfte nicht ausreichen, den Unterricht ohne so große Pause zu Ende zu führen, die Kinder anzuhalten, auf dem Schulhof zu bleiben. —

(Zurück.) Weil ein Genosse als Leiter einer öffentlichen politischen Versammlung gebildet hatte, daß ein Jugendlicher daran teilnehmen sollte er 3 Mark bleich. Dagegen wurde richterliche Entscheidung beantragt und gleichzeitig Beschwerde gegen den Polizeierwalter von Genthin, Herrn Bürgermeister Mautenstrauch, beim Landrat geführt. Wie zu erwarten war, wurde diese Beschwerde zurückgewiesen.

Schicksal.

Kaschtrud verboten.

Von M. Andersen-Regö.

(3. Fortsetzung.)

„So zieh Du mit mir fort — über die Woge, die blaue,“ sagte er großartig, in Erinnerung irgendeines Verses.

„Ja, hinaus auf die Reise mit einem fremden Manne, während mein eigner daheim sitzt und für sich selber sorgt! Das machen ja wohl die Komödiantenpieler so, hab ich gehört. Aber Gjata ist nicht das Weib, das Ehebruch verübt. Da wirst Du Dich besser zu dem Zwecke nach einer andern umschauen müssen.“ Sie war jetzt böse geworden.

„Ich kann nicht ohne Dich leben,“ sagte Peter schlichtern.

„Ja, das hat die Käse auch zur Maus gesagt.“ Sie stand auf und ging zum Fenster. „Mir scheint, wir bekommen böse Wetter zur Nacht,“ sagte sie, „die See macht sich so garstig, und rabenschwarz ist es bereits.“

„Aber ich bin ihm ja nicht um ein Jota böse, wie soll ich also dazu kommen?“ fragte Peter.

„Sieh zu, mit gewissen Leuten heut' abend überquer zu kommen — das lockert die Hand.“

„Wie bekomme ich ihn nur auf den Hof hinaus?“

„Du bringst uns ins Unglück, Peter, mit Deinem Geschwätz!“ meinte Gjata eindringlich. Sie schwiegen eine Weile, dann wandte sie sich und hub an, den Ofen anzuzünden:

„Wenn die Pferde in der Stadt gewesen sind, sind sie nachts immer unruhig. Da muß der Bauer aufstehen und nach ihnen sehen — ja, was weiß ich davon? Ein Roß kann ihm auf den Kopf schlagen, es geschieht ja so viel!“ Sie leuchtete tief.

Peter nickte bedächtig, erhob sich und zündete die Laterne an; dann ging er hinaus in die Holzkammer und setzte sich, Holzschuhe zu schneiden. Des Tages waren gehäht, das wußte er nun. Aber es war eine nakte Tatsache, die von seiner Seite nicht die geringste Färbung erhielt. Der Beschluß, daß Ole sterben müsse, stand so fern und unabweidbar vor ihm, als sei er aus Gottes höchstem Ratsschluß hervorgegangen; er selbst war nichts als ein kleines Merkzeichen dabei, war bloß einer, der unversehens hinter den Schleier der Zukunft gekuckt und nichts abzuwenden vermog.

Er war voll Bewunderung für Gjata; sie war klüger als Pfriester und Behörde zusammen. Ob nun alle diese

Möglichkeit von dem Guten stammte, oder ob sie sich etwa dem Bösen verschrieben, mußte er nicht so recht; aber das konnte ja auch nichts helfen: seine Natur verlangte nach ihr!

Wie freilich jemand im Zorne nach einem andern schlagen könne, ohne etwas gegen ihn zu haben, das begriff er nicht; er wußte nur bei sich selbst, daß er es nicht konnte. Und daß einer auf Ole, den guten alten Kerl, einen Groll werfen könne, das begriff er noch weniger.

Gegen Abend kam Ole heim. Es war Schneesturm, und er sah entsetzlich aus; aber der Humor war gut. Draußen im Flur klopfte Gjata ihm die ärgste Eisdecke ab, dann kam er herein zum Ofen und stand da und stampfte und ließ die Zünge laufen, während sie ihm das Oberzeug herunterzog. „Nuh ha, ja! Schönes Wetter das! Um sein Weib zu prügeln!“ und er nahm sie vergnüglich um die Mitte, und schüttelte sie, während sie ihm den Kragen abband. Gjata lachte und klappte ihn, daß er stillstehen sollte; er war das richtige Kind!

„Und jetzt meiner Seele und Seligkeit haben sie überall auf den Straßen da drinnen Petroleumlaternen, die brennen bis elf Uhr — sie sehen sonst nichts zum Schlafen,“ erzählte er ipis. „Da müssen wir meiner Treu auch bald zwischen den Kartoffeln Laternen anbringen, sonst sehen die wiederum nichts zum Wachen. — Ja ja, sie können's ja schaffen, wenn sie nur das Geld dafür haben. Es muß gewißlich zwischen den Pflastersteinen dort was machen, ein anderer gewahrt's halt nur nicht!“

Der Knecht hatte ausgepannt und kam mit den Sachen vom Wagen herein. Gjata warf sich eifrig über die Päckchen — es waren Weihnachtseinkäufe.

„Was hast Du als Draufgabe bekommen?“ fragte sie.

„Den neuen Almanach und eine Flasche französischen Wein,“ erwiderte Ole stöhnend; er war daran, die Stiefel herunterzuziehen. — „Peter hilf mir ein wenig!“

Peter legte sich vor ihm aufs Knie und packte den Stiefel, und Ole stützte sich auf seinen weichen Rücken, während er den Fuß an sich zog.

„Du hast Dich hier bei uns ja tüchtig herausgefutert.“

„Na, ich hab gewiß gar kein gekochtes Essen gesehen, bevor ich hierherkam,“ entgegnete Peter mit einem Versuch, sich maufzig zu machen.

„Das hab ich nun nicht gemeint,“ sagte Ole beäuf-

gend, „zu essen haben sie wohl andermwärts auch, vielleicht reichlicher als hier, aber Essen und Essen sind zweierlei. Gjata ist eine gute Hausmutter, und die fehlt heutzutage in den meisten Höfen.“

Ole begann in den Taschen umherzujucken und sah recht geheimnisvoll drein. Und nun kamen die kleinen Weichente hervor! Außer glänzendem rotem Bandelsgarn zu einem Sonntagsunterrock für Gjata gab es ein wenig Parfüm für ihr Nischlischchen, und eine feine Rolle Kautabak für Peter. Sie freuten sich sehr mit den Geschenken. Gjata küßte Ole, und Peter gab ihm zum Danke die Hand. Ole sah sich mit einem glücklichen Ausdruck um; er konnte so jenseitig dreinsehen, wenn er andern eine Freude bereitet hatte.

„Hast Du was, das man sich ins Gesicht stecken kann?“ fragte er mit der Miene eines Mannes, der von sich selber weiß, daß er unbedingt erstklassig ist. Er hatte den Bizjoeben in der Stadt gehört.

„Heißt das nun so?“ meinte Gjata, die ihn mit einem raschen Blick umfing; es war heute abend etwas Flockes. Zungenhaftes in ihm, das geitel ihr. „Ja, auf was die drinnen in der Stadt nicht alles verfallen!“ Sie ging hinaus in die Küche.

„Jetzt haben sie meiner Seele gar angefangen, Fische zu dresieren,“ erzählte Ole. „Gerade zuvor war ein Fischzirkus gewesen. Kaum zu glauben ist's.“

„Das ist doch nur Mügel!“ sagte Peter und klopfte ihn groß an. „Ihm war's, als müßte er sich in aller Heintlichkeit an die Ohren greifen.“

„Mügel! Der Kaufmann selber ist dabei gewesen, erzählte er mir. Da waren Fische, die an einen kleinen Wagen gespannt waren, und ein anderer Floh war der Fische. Einen nahmen sie und setzten ihn in eine Taschenuhr, da sprang er auf den Sekundenzähler und fing an, darauf ganz hübsch Karussell zu fahren. Es ist schier des Ruders, worauf die Menschen alles kommen können.“

Der Knecht lachte, daß er fast von der Bank fiel, und Ole brühtete sich in jeder Bewegung. „Es fehlt nicht viel, so werden sie auf einem dresierten Floh zum Monde hinaufreißen,“ sagte er höhlich. Er konnte die Städter nicht leiden. Und Peter wand sich vor Lachen.

(Fortsetzung folgt.)

Gehehen scheint sie aber doch zu haben, denn jetzt wurde dem mit dem Strafmandat Beglückten mitgeteilt, daß es zurückgezogen sei.

(Die Straße dient dem Verkehr.) es darf nicht geduldet werden, daß sie zu politischen Demonstrationen benutzt wird, für den Verkehr bestimmte Straßen für den Verkehr zu hindern, wenn Unzulage der Arbeiterschaft stattfinden sollen, liegt kein Grund vor. In dieser Tonart klangen alle Verbote des Aufstehens der Arbeiterschaft aus. Versittete Gendarmen mußten den Zug den ganzen Weg begleiten, Gendarmen städtische Polizeibeamte mußten durch Alleenplathow mitgehen. Daß es auch anders geht, kann man jetzt sehen, wo die Prinz-Geinrich-Fahrt in Aussicht steht. In der Nähe von Genthin soll am 2. Juni das Flachrennen stattfinden und das ist interessant zu sehen, wie von maßgebender Stelle der freie Verkehr behindert wird. Allerdings, hier handelt es sich um hohe und höchste Herrschaften, und das ist etwas ganz anderes. Der gewöhnliche Plebs hat wohl das Recht, Straßen zu bauen und dazu seine Steuern zu bezahlen, aber nicht, sie zu benutzen, wie es ihm gefällt und es andern ungehindert freistellt. So muß denn auch aus dieser Veranstaltung die Arbeiterschaft unfrei dieses die Lehre ziehen, daß sie alles aufbieten muß, hierin eine Aenderung herbeizuführen und diese heißt: Stärkung der Organisationen der Arbeiterschaft.

Galberstadt, 30. Mai. (Der Sozialdemokratische Verein) hält am Donnerstag den 2. Juni eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht außer einem Vortrag des Genossen Wikowsky die Wahl von zwei Delegierten zum internationalen Kongreß.

(Die Gemeindesteuerverliste für die Steuerpflichtigen, die mit einem Einkommen bis zu 900 Mark veranlagt worden sind, liegt vom 30. Mai bis 13. Juni im Steuerbureau (Diebstahlsgerichtsgebäude, Eingang vom Dompfah) zur Einsicht aus. Eine schriftliche Benachrichtigung über die erfolgte Veranlagung zur Steuer geschieht bei den Einkommen bis zu 900 Mark nicht. Wer sich daher vor einer zu hohen Veranlagung schützen will, muß die Steuerliste einsehen. Wegen die Veranlagung kann innerhalb 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungfrist Berufung eingelegt werden.

Niegribb, 30. Mai. (Unsre herrliche Ordnung.) Einen Strafbefehl über 3 Tage Haft erhielt kürzlich die Ehefrau des Arbeiters L., weil sie ihren 10-jährigen Sohn nicht von der Wegführung weiterer Diebstahle abgehalten hat. Die Angelegenheit beschäftigt das Schöffengericht Burg, das vernünftigerweise die Strafe freispricht. Die Angeklagte ist Arbeiterfrau auf dem Lande und Mutter von sechs Kindern. Das konnten der Amtsvorsteher und das Gericht jederzeit erfahren, ehe sie die Bedauernswerte mit dem Strafbefehl und mit dem Prozeß zur „Ordnung“ und zur Erziehung ihrer Kinder anzuhalten beabsichtigten. Abgesehen davon, daß in diesem Falle der Dieb ein Kind ist, das sich unmöglich seiner Handlungen richtig bewußt ist, kann Diebstahl unter Umständen verziehen werden. Wir kennen diese Diebstahlsgeheimnisse nicht genau genug, um uns über sie nach dieser Richtung ein Urteil erlauben zu können. Wir fragen aber derbeurkundet: „Warum erhielt diese Frau einen Strafbefehl über 3 Tage Haft und warum beruhte man noch, ihr gerichtlich den Prozeß zu machen?“ Die ganze Widerständigkeit eines solchen Strafbefehls hätte sich erst gezeigt, wenn es wirklich zu seinem Vollzuge gekommen wäre. Eine Frau, der neben ihrem Lebensunterhalt die Erziehung ihrer sechs Kinder obliegt, wandert 3 Tage hinter die schwebenden Gardinen, um von hier aus ihre Kinder in Ordnung und Sitze zu erziehen. Dieses Bild ist echt preussisch.

Varey, 30. Mai. (Arbeit und Prügel.) Seit dem 1. März ist das hiesige Gut an die Juchersöhne zu Genthin verpachtet worden. Die neue Herrschaft räumte ordentlich auf. Wer nicht voll arbeitsfähig ist, wurde entlassen. Jetzt haben die Kinder Hüsenmacher. Schon morgens 6 Uhr müssen sie pünktlich vor dem Gutshof stehen. Die Arbeitszeit währt von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr bei einer halben Stunde Frühstück und Weiser zu 2 Stunden Mittag. Für die Arbeitszeit bekommen sie 60, auch 70 Pfg. und — Schläge. Am Freitag hatte sich ein Junge eben zur Arbeit niedergelegt und aus Versehen einige Pflanzen zertrümmert. Der Hüsenmacher jagte: „Kommst Du die Pflanzen nicht sehen“, und schlug ihm gleich mit seinem Stiel über Rücken und Hüften. Höfentlich wird dem Hüsenmacher vom Gericht klargemacht, wie man Menschen behandelt. Wie züchtig muß die Lage der Eltern sein, wenn sie ihre Kinder um 5 Uhr früh aus den Betten rufen, um sie bei solcher Behandlung und solchen Schlägen der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Quedlinburg, 30. Mai. (In der Reichsverbandssede des „Kreisblattes“) wird wiederum eine Probe von dem so viel gefährdeten Zukunftsstaat gegeben. Diesmal ist es ein ehemaliger Wädernmeister, natürlich früherer Sozialdemokrat, der aus reinem Idealismus seine Wäderei veräußert, um als Geselle in eine Genossenschaftswäderei einzutreten. Das „Kreisblatt“ läßt diesen Wädernmeister erzählen, daß er noch nie so ausgebeutet wurde und nirgends eine so schlechte Behandlung und lange Arbeitszeit gehabt habe, als in der Genossenschaftswäderei. Der Wädernmeister habe in sechs Schichten zu 12 Stunden 18 Mark betragen. Das bezeichnende an der ganzen Sache ist wieder, daß das „Kreisblatt“ nicht angibt, in welcher Genossenschaft dieser ehemalige frühere Wädernmeister denn eigentlich tätig war. Nachdem nun aber das „Kreisblatt“ einen Wädernmeister von 18 Mark bei 12-stündiger Arbeitszeit mit uns als zum Leben zu wenig, zum Verhungern oder zuviel bemessen, wäre es doch wohl richtig, einmal den Quedlinburger Unternehmern denselben Vorwurf zu machen, den man hier eher Genossenschaft macht, von der man noch nicht einmal weiß, ob sie überhaupt besteht. Die Wädernmeister der Quedlinburger Arbeiter würden zunächst zufrieden sein, wenn sie jede Woche 18 Mark hätten. Dem „Kreisblatt“ scheint nicht bekannt zu sein, daß bei dem Firmen Dippe, Meite, Jundt uim. noch bedeutend niedrigere Löhne gezahlt werden bei ebenso langer Arbeitszeit als bei der Wädernmeister des „Kreisblattes“ heute. Also, verehrtes „Kreisblatt“, betrachten Sie zunächst einmal die hiesigen Verhältnisse im Gegenwartsstaat etwas genauer, bevor Sie Arbeiter mit dem Zukunftsstaat grüßeln machen.

(Die Halberholungsstätte) des Kaiserlichen Reichsanwalts ist in der Zeit vom 7. bis 13. Juni dem Verkehr übergeben worden. Geöffnet ist die Stätte in dem Sommerhaus in der Zeit von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr. Aufgenommen werden Genesende und sonstige Erholungsbedürftige, mit Zustimmung von Ärzten unter 5 Jahren. Die Aufnahme muß im Gesundheitsamt des Kaiserlichen Reichsanwalts im Harz, am 17. nachgehend werden. Die Verpflegungstafeln sollen für Selbstzahler 1,20 Mark, für die Krankenpflege und Krankenbehandlung 1,20 Mark betragen. Von der Aufnahme sind ausgeschlossen: Alkoholiker, Genesende, Genesende, kranke, kranke und geschwächte Kranke, insbesondere auch Kranke mit offenen Wunden, Geschwüren, die Stellung der Erholungsstätte ruht in den Händen einer Krankenpflege. Jeder Aufgenommene erhält volle Verpflegung. Wir beglückwünschen diese Einrichtung und hoffen, daß sich der Kaiserliche Reichsanwalt durch diese Einrichtung ein Verdienst erwerben kann. Wir Kranken haben deshalb die Arbeiter auch ganz die Mittel aus den Staatskassen zur Erhaltung dieser Einrichtung zur Verfügung gestellt.

Schönebeck, 30. Mai. (Eine Selbstbereinigung) fand am Donnerstag abend im Bürgerhaus statt. Genosse S. leitete referenziert über Anarchismus und Sozialdemokratie. Nach dem Referat fand eine sehr lebhafte Diskussion statt, in der ein Führer der Anarchisten das Wort ergriff.

(Ein gefährlicher Spielplatz) Die Anarchisten begehrt eine 3 Meter breite Straße. Da er nicht gestillt zu werden, so von der Jugend ganz als Spielplatz benutzt. Der Beschäftigte dieses Wege ist aber ein Leiharbeiter und in der letzten Zeit wurden mehrere Kinder umgebracht, ohne jedoch größeren Schaden zu nehmen. Die Stadt sollte für Kinder Spielplätze schaffen.

Stahlfabrik, 30. Mai. (Zum Baukrieg.) Selbstverständlich hat die Magdeburger Bauwerks-Vereinsgenossenschaft auch in den hiesigen Lokalitäten ihre bestimmte Warnung erlassen. Der Arbeitgebersverband für das Baugewerbe für Stahlfabrik und Umgebend wiederholt diese Warnung mit dem Hinweis, daß wir als Mitglieder verpflichtet sind, über die richtige Handhabung und Befolgung der Vorschriften Kontrolle zu üben — mit andern Worten: zu demütigen. Höfentlich verweisen die Herren nicht, auch sich selbst zu kontrollieren und besonders keine Verhöre gegen die Unfallversicherungsvereine usw. im eignen Betriebe durchgehen zu lassen, damit sie nicht etwa benutzelt werden. Bei solcher Androhung ist für die Gegenseite die Vermeidung, Repressalien zu üben, besonders groß, und sie wächst ins Riesenhafte, wenn diese Gegenseite beobachtet, daß am heutigen Sonntag während der Kirchzeit die Schlinge eines Unternehmers an einem Bau gearbeitet haben. Wer im Glashaus sitzt, tut doch gut, nicht mit Steinen zu werfen!

(Die Konkurse) mehren sich in letzter Zeit auffällig. Konkurs ist neuerdings eröffnet am 20. Mai über das Vermögen des Kaufmanns Johannes Kleemann, am 21. Mai über den Nachlaß des verstorbenen Spektors Hermann Stein, am 25. Mai über das Vermögen des Kaufmanns Markus Jhaasohn. In sechs Tagen drei Konkurse!

222. Königlich Preussische Klassenlotterie.

5. Klasse. 18. Ziehungstag. 28. Mai 1910. Vormittag.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. N. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts in marks. Includes sub-headers for 'Ohne Gewähr' and 'Nachdruck verboten'.

Marktberichte.

Magdeburg, 28. Mai. (Wöchentliche Notierungen.) Die Notierungen verhalten sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer gut 198-203, mittel —, do. Sommer-gut 198-203, mittel —, do. Kaiser Sommer-gut 210-216, do. ausländischer gut —, Roggen inländischer gut 138-142. — Gerste hiesige Ehehalbergergerste gut —, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut —, ausländische Futtergerste gut 115-122. — Hafer inländischer gut 160-163, ausländischer —, Mais runder gut 155-158, amerikanischer bunter 140-147.

Magdeburg, 24. Mai. Kleinhandelspreise. Kartoffeln, Ruder 3,5-5,5 Pfg., Netz 2-3,5 Pfg., Magnum bonum 3-4 Pfg., Gubitter 125-146 Pfg., Alles für 1/2 Kilo. Eier, Land-, 1 Wandel 10-11 Pfg.; ausländische 75-90. — Rindfleisch, Keule 70-110 Pfg., Bug 70-90 Pfg., Bauch 50-80 Pfg., Kalbfleisch, Keule 70-120 Pfg., Bug 70-110 Pfg., Hammelfleisch, Keule 70-100 Pfg., Bug 70-90 Pfg., Schweinefleisch, Keule 80-120 Pfg., Bug 70-95 Pfg., Kopf und Weine 45-60 Pfg., Schinken, inländischer, geräuchert 130-180 Pfg., Speck, frisch 75-90 Pfg.; Speck, inländischer, geräuchert 80-100 Pfg., Rindfleisch 30-50 Pfg. Die vorstehenden Preise beziehen sich lediglich auf die gangbarsten Sorten.

222. Königlich Preussische Klassenlotterie.

5. Klasse. 18. Ziehungstag. 28. Mai 1910. Nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. N. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts in marks. Includes sub-headers for 'Ohne Gewähr' and 'Nachdruck verboten'.

Die Gewinnerliste enthält: 1. Prämie 300.000 Mk., 1 Gewinn zu 200.000 Mk., 1 zu 100.000 Mk., 1 zu 70.000 Mk., 1 zu 60.000 Mk., 1 zu 40.000 Mk., 1 zu 30.000 Mk., 1 zu 20.000 Mk., 1 zu 10.000 Mk., 60 zu 8000 Mk., 748 zu 3000 Mk., 1074 zu 1000 Mk., 1710 zu 500 Mk.

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level changes. Includes locations like Jungbunzlau, Saalfeld, and Dessau.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt, 28. Mai. Aufgebote: Arbeiter Otto Hoffmeister mit Frieda Hunold.

Neueburg, Jucharsarbeiter Friedrich Gausch hier mit Marie Scholz in Groß-Salze. Eheschließungen: Möbelgehilfen Erich Krüger mit Martha Weinhoff.

Eheschließungen: Buchhalter Bernhard Richter mit Elli Stolle. Ingenieur Jakob Heiliger mit Johanneke Boos.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Large directory of businesses and services. Includes sections for 'Abzahlungsgeschäfte', 'Fische u. Delikatessen', 'Weißer Wand', 'Deutsche Möbel-Industrie', 'Bäckerei u. Konditoreien', etc.

Heute Montag abend Protest-Versammlung

gegen die Arbeiterentrechtung in der Reichsversicherungsordnung!

— Sozialdemokratischer Verein, Regier. Budeau. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsmitglieder des Bezirks werden ersucht, sich zu einer Versammlung am Dienstag den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der „Halla“ einzufinden. —

— Eine Stadtverordneten-Sitzung findet in dieser Woche wegen des Städtetags in Zeit nicht statt. —

— Der Nachtrag zum Räumerei-Haushaltsplan für 1910 für die eingemeindeten Vororte Fernersleben, Salble, Westerbühlen, Demsdorf, Graacu und Prester nebst den einzelnen Sonderhaushaltsplänen ist jetzt den Stadtverordneten zugegangen mit dem Ersuchen um Befreiung. —

— Der beabsichtigte Stadtbaumeister. Der Schlosser und Maschinenbauwerk Wilhelm Schulze von hier war früher beim städtischen Wasserwerk in Staßfurt beschäftigt. Als er von dort abging, versprach ihm der Stadtbaumeister Wolkhoff, ihn wieder anzustellen, wenn er, Schulze, anderweitige Arbeit nicht fände. Als Schulze nun eines Tages wieder anfragte, erhielt er den Bescheid: „Die Stelle ist besetzt.“ In seinem Verzei setzte sich nun Schulze hin und schrieb an den Stadtbaumeister von Staßfurt einen Brief, worin er den Stadtbaumeister beschuldigte, Privatarbeiten zu Lasten der Stadt ausgeführt zu haben. Auch hätte Herr Wolkhoff städtisches Material für seine Privatwerke verwendet. Durch diesen Brief fühlte sich nicht nur der Stadtbaumeister, sondern auch der Bürgermeister beleidigt, der indirekt der Duldung solcher Schamereien bezichtigt wurde. Die Folge war eine Klage gegen Schulze wegen verleumderischer Beleidigung. Schulze blieb vor Gericht den Beweis für seine Behauptungen schuldig, während Wolkhoff nachweisen konnte, daß ihm der Arbeitslohn für die von Arbeitern des Wasserwerks ausgeführten Privatarbeiten vom Gehalt abgezogen worden war. Schulze wurde nach § 186 — Verhauptung unwahrer Tatsachen — vom Budauer Schöffengericht zu 60 Mark Geldstrafe ev. 12 Tagen Gefängnis verurteilt. —

— Patriotismus hin, Patriotismus her! So ungefähr denkt die Direktion der Magdeburger Straßenbahn, indem sie neuerdings ihren Angestellten in deutlicher Weise zu verstehen gegeben hat, daß alles in der Welt, insbesondere auch die Betätigung des Patriotismus, eine gewisse Grenze hat. Vor etwa zwei Jahren wurde die Direktion von irgendeiner Stelle ersucht, ihren Angestellten, soweit sie Mitglieder von Militärvereinen sind, in Ausübung patriotischer Pflichten nicht in den Weg zu legen. Dem wurde zugefagt und von den patriotischen Angestellten nach besten Kräften ausgeführt. Die weniger patriotisch Gesinnten mußten es mit ansehen, daß die Kriegervereinigungen zu Versammlungen und Bergangen gingen ohne jede Behinderung. Diese Ungleichheit scheint jetzt nun von der Direktion beabsichtigt zu werden. Gelegentlich der Jubiläumfeier des 66. Infanterie-Regiments wurde nämlich den Patrioten auf ihren Antrag der Tag bewilligt mit der Erklärung, daß sie diesen Feiertag wieder abfahren mußten, und zwar am nächsten dienstfreien Tage. Wenn durch diese Maßnahmen bei einer Anzahl von Angestellten jetzt eine gewisse Ermächtigung eintritt, so ist dies nur zu begrüßen. Die Straßenbahner, die doch wahrhaftig nicht auf Rosen gebettet sind, sollten wirklich an etwas anderes denken, als jähwährend patriotische Feste zu feiern. —

— Das Maienwetter. Genau zwei Wochen hielt die schöne, regenarme Zeit bisher an und erst am Freitag befiel sie zum erstenmal bis zum Nachmittag wieder das frühe Wetter die Vorherrschaft. Die Wolken hatten allmählich die Sonne verdeckt und die Temperatur hielt sich in mäßigen Grenzen. Aber gegen Abend wurde es wieder schön, und da es nicht zu kalt war, erlitt die Reihe der warmen Tage, die den jetzigen Mai zu einem besonders angenehmen Monat machen werden, nach keine Unterbrechung. Nur manche der letzten Nächte waren sehr kühl, weil sie klar waren und dadurch die Wärmeausstrahlung begünstigt wurde. Da sich auch die Wetterlage ein wenig änderte, traten kühlere Winde ein, die aber nicht lange andauerten. Oft schien es, als wolle ein Gewitter niedergehen. Dünne Wolken zogen in Massen auf, als sei nun die jährige Zeit zu Ende, die nach der langen Regenperiode eintrat. In den letzten zwei Wochen waren die Niederschläge in ganz Mitteleuropa sehr selten und bei uns fiel nur sehr wenig himmlisches Maß. Nur in Westeuropa und in England wiederholte sich das schlechte Wetter immer, von dem wir hoffentlich noch einige Zeit verschont bleiben werden, weil der Luftdruck andauernd über dem Jahresdurchschnitt bleibt. Der Mai bemühte sich also, seine anfänglichen Fehler zu machen, und man darf ihm das Zeugnis ausstellen, daß er sie nun gänzlich ausgeglichen hat. Wir haben nun schon einen Wärmeüberschuß, der im „Wonnemonat“ selten ist, und in den letzten zwei Wochen gab es manchen hochsommerlichen Tag, der leider auch dem Frühling ein Ende bereite. In vielen Orten sehen die Blätter der Kastanien und des Platanen aus, als wären sie schon Monate alt, und doch haben sie sich erst vor drei Wochen entfaltet. Auch die Rosen erblühen, das Gras steht vor dem ersten Schritte, die Frühlingsschnecken sind dahin und der Sommer zieht ins Land. Mit dem Fronleichnamstag tritt er zumeist die Herrschaft an und nun, da die Linden schon vor der Blüte stehen, ist bald die schönste Zeit vorbei, ehe wir sie recht genießen konnten. In vier Wochen nimmt auch der Tag wieder ab und dann geht das junge Jahr rasch seinem Ende entgegen. —

— Verlorenes Markenbuch eines Zeitungsträgers. Am Sonntag vormittag hat ein Zeitungsträger des Metallarbeiter-Verbandes seine schwarze Brieftasche mit einer größeren Zahl Zeitzugmarken in der Arilleriestraße in Friedrichstadt verloren. Für den Finder haben die Marken keinen Wert, für den Verlierer dagegen bedeuten sie einen empfindlichen Verlust, den er selbst zu tragen hat. Wir bitten deshalb den Finder der Tasche, diese im Bureau, Große Mühlstraße 3, I, abzugeben. —

— Gestohlen sind hier in der Nacht zum 26. d. M. aus der verschlossenen Laube einer Gartenparzelle an der Pfingster Straße eine Handtasche; am 28. vormittags gegen 8 Uhr einen Schloß in der Hofstraßestraße aus gemischtartigen unverschlossenen Schloßzylinder eine dunkle Tasche, ein schwarzer Hut und ein Schloß (der Dieb ist der Brennerreichliche Hubert Schrader aus Eichenborn); in der Nacht zum 28. in einer Schandwirtschaft am Johannisberg unter erschwerten Umständen 200 Zigaretten und 200 Zigaretten; am 28. gegen 8 1/2 Uhr vormittags vor dem Hause Kaiser-Wilhelm-Platz 3 ein Fahrrad „Patia“ (Fabriknummer 2440 C) mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, gerader Lenkstange und roten Kaufmänteln; gegen 4 1/2 Uhr nachmittags aus dem Flur des Hauses Hohenstraße 64 ein Fahrrad „Diamant“ (Fabriknummer 37423) mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, etwas nach oben gebogener Lenkstange und amerikanischem Sattel; nachmittags gegen 5 1/2 Uhr aus dem Flur der Hauptpost ein Fahrrad „Kaiserburg“ mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen und etwas nach oben gebogener Lenkstange; am 29. aus dem Flur des Hauses Schillerstraße Nr. 4 ein Fahrrad mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und nach unten gebogener Lenkstange und am 28. vormittags gegen 11 1/2 Uhr, aus dem Vorgarten des Grundstücks Belfortstraße Nr. 31 ein Eisenbahnradenrad „Deutschland 5“ mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und gerader Lenkstange. An der Lenkstange befindet sich ein weißes Schild mit schwarzem Adler. —

— Verhaftet sind der wohnungslose Hausdiener Albert B. aus Wiesleben, der seinem früheren Dienstherrn hierseits aus dem unverschlossenen Keller zwei Flaschen Sekt entwendet hat, und der wohnungslose Hausdiener Ernst F. aus Sandersleben, der seinem früheren Dienstherrn 6 Mark gestohlen hat. —

— Eingebrochen ist in der Nacht zum 29. in ein Kontor der Rogauer Straße. Der Dieb hat vom Hof aus eine Fensterleiste eingebrochen und ist, nachdem er das Fenster geöffnet, in das Kontor eingedrungen. Gestohlen ist anscheinend nichts. In derselben Nacht ist eine Person in ein Gewächshaus an der Albenstedter Chaussee durch die Luftklappe eingestiegen und hat 15 blühende Geiß-Geranium vernichtet und mehrere Töpfe mit Palmen in ein Wasserfaß geworfen. —

— Unfälle. Der Arbeiter Timme aus Mothensee quetschte sich am Sonnabend auf dem Mothenseer Bahnhof an einer Lobre den rechten Daumen ab. — Der 18jährige Fensterputzer Artur Schott glitt am Montag vormittag in der Fabrikstraße mit der Leiter aus und zog sich einen Bruch des linken Beins zu. — Die Ehefrau Luise Müller, wohnhaft Schifferstraße 9, verbrachte sich am Montag vormittag mit kochendem Wasser den linken Oberarm. Die Verletzten fanden Aufnahme im Militärkrankenhaus. — Im Södenberger Krankenhaus wurde der Arbeiter Christian Girchow, wohnhaft St. Michael-Strasse 36, aufgenommen, der sich beim Umlegen einer Matratze einen Bruch des linken Armes zugezogen hatte. —

— Gefundene Kindesleiche. Am Sonnabend ist am rechten Ufer der Holbe in der Höhe des Grundstücks Poststraße Nr. 13 eine tote Frühgeburt weiblichen Geschlechts gelandet worden. Die Frucht kann im 6. bis 7. Monat alt sein. Jemand, welche Gegenstände die zur Aufklärung des Fundes dienen können, sind bei ihr nicht vorgefunden. —

Konzerte, Theater, Sport etc.

— * Victoria-Theater. Die heitere Burleske „Der König in Paris“ wird morgen Dienstag zum sechstenmal aufgeführt. Das überaus lustige, humorvolle Stück geht bei jeder Wiederholung mit steigendem stimmungsvollem Erfolg in Szene und dürfte ein Schloß und Zuglück der Saison bleiben. Am Mittwoch werden „Die Schmuggler“ wiederholt. —

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 31. Mai.

Mitgliederbestand		Krankenbestand	
am 28. Mai		am 28. Mai	
männliche . . .	6123 (6078)	männliche . . .	169 (152)
weibliche . . .	2277 (2237)	weibliche, ausschließl. d. Wöchner. . .	67 (65)
zusammen	8400 (8315)	zusammen	236 (217)
männl. 72,8% (73,1%)		männl. des Mitgl. 2,7% (2,5%)	
weibl. 27,2% (26,9%)		weibl. des Mitgl. 2,9% (2,9%)	
		Wöchnerinnen 22 (22) Mitglieder . . .	— (3) Mitglieder.
		Gesamter Krankenbestand vom 23. bis 28. Mai	1776,57 (1788,83).
		Davon am 28. Mai	1644,57 (1657,87).

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Verband der reichsten Arbeiter kann sich rühmen, im vierten Jahre seines Bestehens 1997 Mitglieder zu zählen. Wieviel „papierne Mitglieder“ darunter wohl noch sein mögen? Mit keinem hochgeheften Ziele: „Die deutschen Arbeiter vom Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften befreien zu wollen“, ist somit nicht viel Geschäft zu machen. Die armen Schächer sollten nur ihren Laden zumachen. —

— Neue Schwierigkeiten für die amerikanischen Gewerkschaften. Die richterlichen Urteile, die den Gewerkschaften der Vereinigten Staaten bisher schon so verhängnisvoll geworden sind, mehren sich. Soeben hat das New Yorker Oberlandesgericht in einem Prozeß gegen die Organisation der Textilarbeiter- und Wäsche-Arbeiterinnen, die kürzlich den heroischen Kampf führte und deren Mitglieder jetzt Streikbrecherarbeit zu leisten sich weigern, entschieden, daß der Solidaritätsstreik gegen die Konstitution und die Geleje verstoße. Streike seien nur dann gestattet, wenn die betreffenden Arbeiter selbst dadurch höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit herbeiführen wollen. Die Gewerkschaft wurde einstweilen zu hohem Schadenersatz verurteilt. —

Letzte Nachrichten.

Für Finnland, gegen den Zarismus.

— Hd. London, 30. Mai. Gestern wurden in London und in verschiedenen großen Städten des Königreichs große Meetings abgehalten, in denen gegen den russischen Despotismus in Finnland protestiert wurde. Am Trafalgar Square, wo sich mehrere tausend Personen versammelt hatten, wurden von den Arbeiterdeputierten heftige Reden gehalten. Es gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, die die Thronrede der russischen Regierung verdammt, welche in Finnland die Konstitution aufgehoben und damit die Garantien geschändet habe, die vor einem Jahrhundert der Zar Alexander I. den Finnländern gegeben hat. Die Tagesordnung verlangt eine sofortige Intervention der englischen Regierung beim Zaren Nikolaus 2. in dieser Angelegenheit. —

— Hd. Petersburg, 29. Mai. Ueber den Inhalt der Petition des finnischen Landtags wegen Verletzung der finnischen Grundgesetze melden die Blätter folgendes: Der Landtag weist darauf hin, daß bei der Einmischung des russischen Ministeriums in die Angelegenheiten Finnlands in juridischer und praktischer Beziehung eine Reihe von Fehlern zutage getreten sei, da die Beschlüsse von Personen gefaßt worden seien, die von finnischen Angelegenheiten keine Kenntnis hätten. Während der letzten 25 Jahre habe der Landtag unter Mitwirkung der Regierung große Summen angeammelt, die zu Kulturwerken dienen sollten und die nun ohne Betragen des Landtags einfach dem Reichsschatzamt überwiesen wurden. Die neue Gesetzesvorlage könne nicht durchgesetzt werden, selbst wenn die gesetzgebenden Institutionen zugestimmt würden und der Kaiser sie sanktionieren sollte. Das finnische Volk würde Geleje, die unter Verletzung seiner Grundgesetze durchgeführt werden, nicht anerkennen. Finnland habe nie den Anspruch auf eigene äußere Politik erhoben und auch nie Maßregeln der Reichsverteidigung hindernisse bereitet. Zum Schluß spricht die Petition den Wunsch aus, der Kaiser möge die Grundgesetze Finnlands in Kraft lassen und alle Anordnungen wieder aufheben, die eine Verletzung derselben in sich schließen. —

Ein neuer Heberlandflug.

— Hd. New York, 30. Mai. Der Aviatiker Curtiss hat gestern inmitten einer ungezählten Volksmenge, welche an den beiden Ufern des Hudsonflusses aufstellung genommen, den angekündigten Heberlandflug von New York nach Albany zurückgelegt. Die Strecke beträgt in der Luftlinie gemessen 280 Kilometer. Der Flug dauerte 2 Stunden 45 Minuten. Der Wind war günstig. Der Aviatiker wurde bei seiner Landung eukrasigisch begrüßt. Er erreichte auf dieser Fahrt wiederholt eine Höhe von 1000 Metern. Mit diesem Fluge hat Curtiss den Preis des „New York Herald“ in Höhe von 40 000 Mark gewonnen. (Siehe „Kleine Chronik“.) —

Drachlose Telegraphie.

— Hd. London, 30. Mai. Die Telegraphie ohne Draht hat wiederum einen Personendampfer gerettet. Der russische Dampfer „Litania“, der 1200 Auswanderer von Liban nach New York bringen sollte, ist schwer beschädigt in den Hafen von Lyne eingelaufen. Das Schiff war bei dichtem Nebel gegen die Felsen von Penland Strith gelaufen. Infolge des heftigen Stoßes entstand unter den Passagieren eine furchtbare Panik; alles stürzte an Bord. Nur mit Mühe gelang es den Offizieren, die Emigranten zu beruhigen und das Schiff aus der gefährlichen Zone zu steuern. Der einzige an Bord befindliche Engländer bediente die Apparate für drahtlose Telegraphie. Er schickte sofort die Meldung von dem Unfall an den in nächster Nähe befindlichen englischen Kreuzer „Bellona“, der sofort zur Hilfeleistung nach der Unfallstelle abging. Außerdem wurde, ebenfalls durch drahtlose Telegraphie, der Dampfer „Koffija“ herbeigerufen, der die Auswanderer nach New York weiterbefördern wird. —

Einführung der Verfassung in China.

— Hd. London, 30. Mai. Die „Times“ bringt heute morgen eine Meldung ihres Korrespondenten in Schanghai, die einen Teil des Textes des Dekrets des Kaisers von China enthält, durch das zum erstenmal eine sog. Senatsversammlung für den 3. November d. J. einberufen wird. Das Dekret enthält folgende Sätze: Die Mitglieder des Senats müssen die Bedeutung dieser Vereinigung einer nationalen Versammlung verstehen lernen, die in China keinen Vorgänger hat und die das Vorzeichen der Enderfüllung eines Parlaaments sein wird. Die Mitglieder dieses Senats sind sehr herzlich gebeten, sich mit all ihrem Patriotismus dem neuen Werk zu widmen, gute Hoffnung zu bewahren und die Pflichten zu erfüllen, die ihnen die nationale Vertretung auferlegt, auf diese Weise für die Durchsührung der nach unserem Wunsch einzuführenden konstitutionellen Reformen zu arbeiten und dem Werte, welches wir jetzt unternehmen, zum Erfolg zu verhelfen. —

Das verjüngte Unterseeboot.

— Hd. Paris, 30. Mai. Der Marineminister hat vom Präsekte von Calais folgendes Telegramm erhalten: „Es ist gelungen, die Heberlinge der „Pluviose“ aufzufinden bzw. festzulegen und Ketten in denselben zu befestigen. Die Bemühungen blieben jedoch bisher erfolglos, eine weitere Kette um das Vorderende des Schiffes zu legen, da dasselbe noch zu tief im Meeresschlund liegt. Die Größe und Länge des Lecks, welches das Schiff beim Zusammenstoß erlitt, ist genau festgestellt. Der Staatssekretär der Marine hat Instruktionen erteilt, damit den Familien der Opfer der „Pluviose“ eine erste Unterstützung zugesandt wird. —

Gefährliche Ballanlandung.

— Hd. London, 30. Mai. Wie aus New York gemeldet wird, geriet ein Freiballon, in dem sich Professor Lobb mit drei Freunden befand, in Gefahr, beim Abstieg von einem Schnellzug überfahren zu werden. Infolge einer kleinen Havarie ging der Ballon sehr schnell in der Nähe von Springfield (Massachusetts) gerade auf der Eisenbahnlinie nieder in dem Moment, als ein Zug mit voller Geschwindigkeit heranbraute. Auf dieser auch den Besatzenden noch unerklärliche Weise erhob sich der Ballon plötzlich wieder und der Gondel wurde etwa 1 Meter von dem Bahngleis entfernt herabgeschleudert. Die Luftschiffer kamen mit dem bloßen Schrecken davon. —

— Hd. Tübingen, 30. Mai. In dem nachbarlichen Waldorf wurde gestern die Fahnenweihe des Militärvereins gefeiert, die einen blutigen Versuch nahm. Bei einem Streit im Wirtshaus wurden ein Einwohner und dessen 19jähriger Sohn von Jaglager durch Messerstücke so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit starben. —

— * Frankfurt a. M., 30. Mai. Beim heutigen städtischen Schirmstad ist man langjährig umfangreichen Unternehmungen auf die Spur gekommen. Neun Bedienter sind entlassen. Alle neun sind geständig. Die Höhe der veruntreuten Summe läßt sich noch nicht übersehen. —

— * Frankfurt a. M., 30. Mai. Sonnabend abend kam es zu einem großen Tumult in der Altstadt. Fünf Asphaltarbeiter, die in angeheitertem Zustande randalierten und die Passanten belästigten, wurden in der Schnurgasse von zwei Schuljungen festgenommen. Auf dem Wege zu der Wache sammelten sich nach und nach eine vielzählige Menge an und auf dem Römerberg kam es zu einem Zusammenstoß mit der Schutzmannschaft. Bei dieser Gelegenheit entwichen die fünf Beschäftigten. Der Schutzmann zogen blaut. Ein Schutzmann wurde verletzt. —

— * Tcheran, 30. Mai. Emin el Russi, der frühere Hofminister, ist Sonnabend abend 9 Uhr angedorfen worden und bald darauf verstorben. —

— * Bluefields (Nicaragua), 30. Mai. Die Regierungstruppen unter General Lara haben, wie über New York telegraphiert wird, einen äußerst heftigen Angriff auf die Stellungen Guadalupe und Bluefields unternommen, sind jedoch mit einem Verlust von 250 Toten und Verwundeten zurückgeschlagen worden. Es wird eine Absehung von Geiseln der Vereinigten Staaten erwartet, um am Besatz innerhalb der Stadt zu verhindern. —

— Hd. Paris, 30. Mai. Wie aus Nizza gemeldet wird, haben die ausständigen Angehörigen der Sidi Schar folgende Forderungen erhoben: Kohnerhöhung, dieselben Gehälter wie die Angehörigen der großen Bahngesellschaften und Sonntagstruhe für den Frachtwert. Gestern abend waren die Telegraphenleitungen der Südbahnen gestört. Der Friedensrichter hat den Parteien seine Vermittlung angeboten; die Ausständigen haben diesen Vorschlag noch nicht beantwortet. Die in Nizza wohnenden Lokomotivführer und Heizer der Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahn werden heute über ihre Stellungnahme zu dem Ausstände beschloß lassen. Das Syndikat der Straßenbahner in Nizza hat sich bereit erklärt, ebenfalls in den Ausstand zu treten, falls die Eisenbahner dies verlangen. —

— Hd. Montpellier, 30. Mai. Nach einem Bankett, welches zu Ehren des Senators Leroy-Beaulieu hier veranstaltet worden war, kam es gestern abend zu einer Straßenkumgebung, welche bald in ein regelrechtes Handgemenge ausartete. Während der Krawalle wurde ein Polizeikommissar sowie der Abgeordnete Barrete tödlich angegriffen und nicht unerheblich verletzt. Sechs Verhaftungen wurden vorgenommen. —

— Wien, 30. Mai. Das Urteil gegen den Leutnant Hofrichter lautet auf Tod durch den Gang mit Antrag auf Gnadigung. Man nimmt an, daß er zu 20 Jahren Zuchthaus begnadigt werden wird. —

— Hd. Mailand, 30. Mai. Das Gericht, daß der Aviatiker Durag infolge der bei einem Unfall mit seinem Aeroplan erlittenen Verletzungen gestorben ist, hat sich bisher noch nicht bestätigt. (Siehe „Kleine Chronik“.) —

Wettervorhersage.

Dienstag, 31. Mai: Wollig, etwas kühl, Regenschauer. —

